

Arbeiter-Zeitung

Gesamt-Metall mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Begründungspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Briefband 2,50 M. Anzeigenpreis: Die abgegebene Millimeterseite über deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Kellanspreis: 8 Pf. Die abgegebene Millimeterseite über deren Raum im Zeitraum 70 Pf. — Schluß der Unterlagen-Zinnahe: u. der Haupt-Edition 8 Uhr; in den Filial-Orbitionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Gaukantoor: Breslau 10, Telefon 60. Telephon
Ole 4719. Postkantoor: Breslau 344. Reklame, Berlin,
Telefonische Straße 50. Telefon Kling 8887. Geschäft bei der Redaktion:
von 12–13, Montags bis Freitags von 17–18 Uhr. — Filiale
Expeditionen: Gleimstr. Wilhelmstraße 28, Telefon 1088.
Gleimstr. 8, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8–10 Uhr. Gedruckt
und am Hauptverkaufsort Breslau. — Verlag: Golo. Verlagsgesellschaft
m.b.H. Breslau. — Druck: „Republik“ Berlin, Tel. Breslau, Telefonische Straße 50.

Metallarbeiter-Generalausperrung droht! Kampfbeschlüsse der Industriellen

Berlin, 7. Februar. Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner Sitzung am 7. Februar dieses Jahres einstimmig beschlossen:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr ausgezwungenen Lohnkampfe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen,
2. zu diesem Zweck die vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende geldliche Umlage zu verstärken,
3. zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamttausperrung zu schreien,
4. eine Kommission von zwölf Herren aus allen Teilen des Reiches einzusuchen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Mitteln ausgestattet ist.

*

R. Für heute sind im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf angefangen. Einen Tag vorher (!) saß der Verband der Metallindustriellen obige Kampfbeschlüsse. In Absatz 3 wird offen die Gesamttausperrung in der deutschen Metallindustrie angekündigt. Ohne Rücksicht auf das von den reformistischen Gewerkschaftsführern so oft angeschaffte „Interesse der deutschen Wirtschaft“ drohen die Metallindustriellen mit der restlosen Stilllegung ihrer Produktion. Die Herren lassen es aber nicht nur bei der Drohung bewenden, sondern sie treffen bereits vorbereitende Maßnahmen: Unterstützung der im Kampf stehenden Arbeitgebergruppe, Schaffung eines Kampffonds und Einsetzung einer Kommission „mit allen Vollmachten“. Das ist deutlich genug!

Und wie ist angesichts dieser Haltung der Industriellen die Erstellung der Reformisten? Durch eine niedrige Kommunistenhebe haben sie in den letzten Tagen die Kampffront der mitteldeutschen Metallarbeiter fortwährend geschwächt. Und während die Industriellen jetzt mit dem Drud ihrer Rechtsanwälte in die Verhandlung gehen, schwenken die Reformisten bereits auf die Linie des Nachgebens ein. So schreibt der „Vorwärts“ zu den heutigen Verhandlungen, die Industriellen möchten doch „zug“ sein und den Metallarbeiterforderungen „hörig entgegenkommen“. Das heißt nichts Anderes, als daß die Reformisten schon jetzt auf Nachgeben, auf Kompromisse, auf Zurückweichen von der 15-Pfennig-Forderung hinsteuern. Während die Industriellen mit der Eisenfaust in die Verhandlung kommen, haben die Reformisten ihre Faust wattiert... Fürwahr, ungleiche Kampfmethoden!

Was ist in dieser Situation zu tun? Die Kaktik der Unternehmer muß für die Arbeitermassen eine lehrreiche Mahnung sein. Schluß mit der Kompromißstrategie, die in Wirtschafts- und Niederlagenstrategie ist! Schluß auch mit den Einzelkämpfen isolierter Arbeitergruppen, die nach und nach abgefackelt werden. Obiger Beschluß der Unternehmer zeigt, für wie wirksam diese Herren die „Verbreiterung der Kampffront“ ansiehen. Ist eine solche Verbreiterung auf Seiten der Arbeiter möglich? Gewiß! Wir meldeten gestern, daß das Dresdner Arbeitsgericht den Hüttenbeschluß für Sachsen als ungültig erklärt hat. Wenn dieses Urteil nicht durch die oberen Instanzen aufgehoben wird, dann werden die Schiedssprüche für 220 000 Hütten und Metallarbeiter in West-, Mitteldeutschland und Oberschlesien ungültig. Dann stehen sie erneut vor dem Kampf. Ebenso wie die Bergarbeiter, die Eisenbahner, deren Tarife in aller nächster Zeit ablaufen.

Die einheitliche Kraft dieser generalisierten Arbeitergruppen muß geschlossen gegen die Unternehmersfront geworfen werden!

Durch keinen Schlüpfen kann die Massen von ihrem Kampf abhalten lassen.

Die Provokation der Metallindustriellen zeigt, daß es Zeit ist, die Kapitalistik der Reichen abzulehnen und den Unternehmern mit gleichen Mitteln zu antworten!

Die Metallarbeiter des Ruhrgebiets für den Achtstundentag

Essen, 8. Februar. (Eig. Drahtb.) Der DMR hielt in Bochum eine Bezirkskonferenz des Ruhrgebiets ab und nahm eine Entscheidung an, in der eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Errreichung des allgemeinen Achtstundentages (!), eine Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung, ferner ein erweiterter Ausbau des Arbeitsrechtes und des Betriebsratgesetzes verlangt wird. Die Konferenz verurteilte auch die leichten Eisenpreiserhöhung, die angesichts der großen Produktionssteigerung völlig unberechtigt sei. Den im Kampf stehenden mitteldeutschen Metall-

arbeitern sprach man die volle Sympathie der Ruhr-Metallarbeiterfamilie aus. Wie die DMR-Führer sich die Errreichung dieser Forderungen vorstellen, sagt die Entschließung allerdings nicht.

Berbindlichkeitserklärung des Spruches für den Aachener Bergbau

Köln, 8. Februar. (Eig. Drahtb.) Der Schiedsspruch für den Aachener Bergbau, nach dem die bisherige achtstundige Schichtzeit unter Tage auch weiterhin beibehalten werden soll, ist für verbindlich erklärt worden. Das Arbeitszeitabkommen soll bis zum 31. Oktober dieses Jahres laufen. Die Bergarbeiterorganisationen hatten den Schiedsspruch abgelehnt, der Bürgerblödminister Brauns erklärte ihn für verbindlich. Damit ist für die Gewerkschaftsführer der Schiedsspruch natürlich Gesetz!! Der Verlauf dieser Bewegung muß für die gesamte Bergarbeiterchaft und auch die übrigen Arbeiter Deutschlands eine ernste Lehre sein. In viel stärkerer Weise als bisher muß vor allem den reformistischen Gewerkschaftsführern bewußt gemacht werden, daß es keine Unterwerfung unter verbindliche Schiedssprüche gibt.

Die Seeleute dürfen nicht streiken

Reaktionäres Debüt der norwegischen „Arbeiterregierung“.

In einem Lohnkonflikt der norwegischen Seeleute haben die Behörden für die Dauer der Schlichtungsverhandlungen einen Streikverbot erlassen. In der nächsten Woche finden unter Vorsitz des amtlichen Schlichters die entscheidenden Verhandlungen zwischen den Reedern und den Vertretern der Matrosen, Matrosen und Schiffsschäfer statt. Der Schiedsspruch des Schlichters ist auf Grund des berüchtigten Antistreikgesetzes obligatorisch.

Der Anschlag gegen die Mieter Herstellung des Kündigungsgesetzes der Hausbesitzer

(Eig. Drahtb.) Berlin, 8. Februar.

Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Aufruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abgeordneten Dr. Raschig. Entsprechend den Anträgen des Geschäftsausschusses wird die Genehmigung zur Strafversetzung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter verweigert.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzentwürfe auf Aenderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Ausschlußanträgen bis zum 31. März 1930 verlängert werden. Die wichtigste Änderung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterschutzgesetzes der Vermieter das Mietverhältnis kündigen kann. Er lädt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein. Kündigungsschreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist und das die bestimmte Angabe der Tatjähre enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird. — Der Mieter kann gegen diese Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung im gerichtlichen Gütekundfahrt nachgeprüft. Verjährt der Mieter die zweitwöchige Einspruchsfrist, so kann der

Närmungsbeschluß

gegen ihn erlassen werden.

Abgeordneter Lipinski (Soz.) erklärt, die mit der neuen Vorlage bezweckte weitere Lockerung des Mieterschutzes sei in seiner Weise begründet und notwendig.

Reichsjustizminister Hergt: Ich befürchte mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Wohnungswirtschaft ein Leben ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf ist genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Die Lockerung der Wohnungswirtschaft ist zu überlassen mit bewußt den Ländern. Der Entwurf erleichtert die allmäßliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse (!) dadurch, daß er in der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verdunkelt. Begriff der Kündigung wiederherstellt. Der preußische Justizminister ersucht in einem Schreiben, das Gesetz nicht vor dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesem Wunsch fügen.

Abg. Domisch (Dnat.) ist der Meinung, daß die große Verunsicherung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbedingt sei. (!)

In der weiteren Debatte, die am Mittwoch fortgesetzt wird, wird Genosse Höller in den Standpunkt der kommunistischen Fraktion und der Mieter vertreten. Dann haben das Wort im Raum "um diesen neuen Wochselbalg des Bürgerblöds die wichtigen Männer im Lande".

300 Millionen Indien empfangen eine Kommission

(Von unserem Korrespondenten)

London, 8. Februar

Im Jahre 1919 wurde den durch die Weltlage revolutionierten Indiern versprochen, daß in zehn Jahren eine Kommission eingesetzt werde, die zu prüfen habe, wieviel Indien zur Selbstverwaltung reif geworden wäre. Vor kurzem wurde diese Kommission ernannt. Ihre Mitglieder sind meist englische Abgeordnete. Sie hat kein einziges indisches Mitglied (!), was in Indien ungeheure Empörung hervorrief.

Aus den Berichten der englischen Presse über die Protestbewegung, die Indien aus Unzufriedenheit dieser sogenannten „Simon-Kommission“ erfaßt hat, geht trotz der spärlichen und tendenziösen Berichterstattung deutlich genug hervor, daß es sich um eine sehr tiefsitzende nationale-revolutionäre Bewegung handelt. Am stärksten ist die Protestbewegung in den Industriezentren Bombar, Calcutta und Madras, wo am Tage der Ankunft der Kommission der Generalstreik mit glänzender Geschlossenheit durchgeführt wurde und wo die Bewegung auch hinausging über die Traueraufgebung, auf die die bürgerlichen Nationalisten die Bewegung beschränken wollten.

In Bombar hat eine große Massendemonstration die Kommission, die bekanntlich aus Vertretern der Konserватiven, Liberalen und Arbeitervertretern zusammengesetzt ist, mit schwangeren Fahnen empfangen, die Inschriften wie „Nieder mit dem britischen Imperialismus“, „Heraus mit der Simon-Kommission“ enthielten. Der größte Teil der Geschäfte war geschlossen, ebenso die Universitäten und Schulen. Die Betriebe streikten. Auch der Verkehr in der Stadt war zum größten Teil stillgelegt. Die indischen Bevölkerungsbüro waren von Fußgängern überfüllt und machten den Eindruck eines Feiertages. Auch hier waren fast sämtliche Betriebe sowohl in der Industrie als auch im Handwerk geschlossen. Die Arbeiter, die noch morgens in die Betriebe gingen, haben bereits in den ersten Vormittagsstunden die Betriebe wieder verlassen. An verschiedenen Stellen der Stadt fanden große Demonstrationen unter freiem Himmel statt. Die Studenten und Arbeiter hielten gesonderte Demonstrationen ab, auf denen Figuren von Baldwin, Birkenhead, Simon und Macdonald verbrannt wurden. Im Laufe des ganzen Tages durchzogen ununterbrochen große Züge von Streikenden die Straßen der inneren Stadt. Auch eine große Versammlung, einberufen von den bürgerlichen Nationalisten und einem Teil der indischen Liberalen, nahm eine Resolution an, daß die Verfassungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung für Indien unannehmbar ist und die Bevölkerung angespornt wird, die Bevölkerung während ihres Aufenthaltes in Indien überall und in jedem Stadium ihrer Untersuchungen zu bohren.

In Calcutta kam es zu gewaltsamen Stilllegungen der Straßenbahnen und der Autobusse. Die Traueraufgebung und der Streik sind hier vollständig, bis auf einzelne rohmanedanische Unternehmungen. Die Polizei hat fünf Panzerautos eingesetzt, und, nachdem die Demonstranten mit Steinwürfen die Polizei attackiert haben, die Menge auseinandergetrieben und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In Madras kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Demonstranten hatten einen Laden, der trotz der Traueraufgebung offen war, gestürmt und zerstört. Ein hoher Regierungsbeamter, Moreishy, der gerade in seinem Auto vorbeifuhr, wurde von der Menge angegriffen und sein Auto in Brand gesetzt. Die Erregung stieg, nachdem einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Menge stürzte sich auf die Offizielle und Polizisten, zwei Offizielle und acht Polizisten wurden verwundet, und versuchte die Verhafteten zu bestreuen. Weitere Polizeiaufstellungen wurden aufgestellt, und eine hier von gab eine Salve zur Bestreuung der Menge. Ein Tot und fünf Schwerverwundete blieben auf dem Platz.

Nach weiteren Meldungen wurden in Bombar, Calcutta und Madras härtere Truppeneinsätze aufge- und

geboten. Die Unruhen dauerten bis spät in die Nacht. Viele Engländer wie auch hohe indische Beamte wurden von der Menge angegriffen und verletzt.

Die Montagnummer der "Times" verzichtet es mit Genugtuung, daß in Delhi die Kommission ungünstig eintrafen konnte und daß die Boykott- und Streikbewegung in jenen Teilen Indiens, wo die mosammedanische Bevölkerung überwiegt, nur ganz schwach ist. Sie bezichtigt es als eine ganz besondere Ausgabe der Kommission, die Interessen des nationalen Minderheit der Mosammedanen gegenüber den Hindus zu wahren. Die englische Presse in Indien warnt die bürgerlichen Nationalisten vor den Folgen der Stells und Boykottbewegung, in der die Arbeiter, Studenten und das arme Kleinklubergertum die Hauptrolle spielen. Der Befehlshaber, Lord Irwin, hat in seiner letzten Erklärung betont, daß gerade die Zusammensetzung der Kommission ohne indische Beteiligung ihre Unparteilichkeit gewährleiste (1), und daß sie durch die Boykottkundgebungen sich nicht hindern lassen werde, ihre Aufgabe durchzuführen. Sie wird das um so mehr tun, weil die Kommission nicht allgemein verurteilt werde, und ein großer Teil von verantwortlichen indischen Beamten, wie auch der mosammedanischen Bevölkerung der Kommission mit Sympathie gegenüberstünde.

Schön aus diesen offiziellen englischen Berichten geht hervor, daß der britische Imperialismus, unterstützt durch die Führung der englischen Arbeiterpartei, alle Maßnahmen zur Niederkunft der national-revolutionären Bewegung trifft. Er bedient sich dazu neben den brutalen Machtmitteln auch des alterprotestantischen Mittels der Schürung der religiösen und nationalen Gegensätze Indiens und versucht gleichzeitig die feudalen Fürsten und die grüne Bourgeoisie als die „verantwortlichen“ Führer hinzuholen, im Gegenzug zu den „aufrührerischen Elementen“, worunter das Proletariat, die Bauernschaft und das national-revolutionäre Kleinklubergertum gemeint sind. Die Führung der englischen Arbeiterpartei sieht auch hier ganz offen als Heitersfeind des britischen Imperialismus gegen die indischen Volksmassen.

Die Rückwirkungen auf China

(Eig. Drahlb.) Berlin, 8. Februar.

Nach Meldungen aus Kanton erwecken die Nachrichten über die Ereignisse in Indien höchstes Interesse. Es soll eine Verbindung zwischen Kanton und den indischen Unabhängigkeitsführern bestehen, was möglich ist, da es sich in beiden Fällen um bürgerliche Revolutionäre handelt. Doch ist auch möglich, daß englische Nachrichtenagenturen zu durchsichtigen Zwecken diese Behauptung verbreiten. Die chinesischen Majorats auf dem Lande und in den Städten werden jedenfalls in den indischen Ereignissen einen neuen Ansporn für ihren Kampf sehen.

15 politische Gefangene in Gollnow an Vergiftungsercheinungen erkrankt

Zu Beginn der Sitzung führte Abgeordneter Genosse Kasper aus: Die kommunistische Fraktion habe die telefonische Mitteilung erhalten, daß auf der Festung Gollnow 15 politische Gefangene infolge verdorbenen Essens an Vergiftungsercheinungen erkrankt seien. Eine telegraphische Meldung des Vertrauensmannes der proletarisch-politischen Gefangenen der Festung Gollnow befagt, daß dort 15 Genossen an Vergiftungsercheinungen erkrankt und 7 Genossen bettlägerig sind. Ihre Erkrankung ist nicht unbedenklich. Mit Komplizeninspritzungen und Vitalin werden sie vom Arzt behandelt. Im Auftrage der kommunistischen Landtagsfraktion ist der Abgeordnete Schulz-Breslau nach Gollnow abgereist.

Seit langem klagen die proletarisch-politischen Gefangenen der Festung Gollnow über die schlechte Versorgung und über die elendige Zustand des ihnen verabreichten Essens. Jetzt sind sie klar erkauft. Zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, wandelt sie sich durch die unglaublichen Zuhörde in das reaktionäre Kerker zu einer Strafe, die die Gesundheit der Gefangenen langsam zerbricht, wenn nicht noch schlimmer die folgt. In Wahrheit stehen die Fälle der Genossen Albert Menzel und Eissel, die der Strafvollzug mordete, vor uns. Wir fordern die sofortige Übersetzung der erkrankten Genossen in Krankenhausbehandlung. Darüber hinaus aber gilt es: Die proletarisch-politischen Gefangenen haben genug gesessen. Sie müssen heraus, damit ihre Freiheitskampfe sich nicht in Todesstrafe wandeln.

Genosse Kasper beantragt, sofort eine strengere Untersuchung einzuleiten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und dafür zu sorgen, daß den Erkrankten jede erforderliche Hilfe zuteil werde. Der Antrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, einiger Zentrumsmitglieder und Liberalenparteier angenommen.

Das Haus überweist dann die bekannte Demandschrift der Regierung zur Frage der Verbreitung Bierenges im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft dem Auszügling. — Demnächst wird die positive Erwaltung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Wg. Brandenburg (Soz.) berichtet eingehend die Landarbeiterfrage und weitet sich dabei gegen die Landarbeiterforderungen auf Nationalisierung der Sozialfürsorge, Steuerregelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die bessere Lage des kleinen Betriebs und Vermehrung des ausländischen Arbeitseingangs.

Häger (DmL) fragt über die Kosten und Verhältnisse der Landwirtschaft. Abgeordneter Hägermann führt die Kritik in der Landwirtschaft auf die Unwettbewerbsfähigkeit zurück. Wg. Kaiser (D. Part.) sagt die preußische Regierung an, daß sie zu wenig für die Landwirtschaft getan habe.

Aus der Partei

Kommunisten Otto Weber, Rathaus. Der Reichstag abgeschlossen. Die Weber, Rathaus, wurde am 3. Februar aus der kommunistischen Partei entgezogen, weil er sich weigerte, einem Besuch des Reichstags des 12. Februar auf Friedenlegung eines Reichstagsmandates folge zu lassen, während er ausdrücklich erklärt hatte, sich im Reichstag nicht der Fraktion der Kommunisten, sondern der parteiunabhängigen Räte zu anschließen. Die Sozialdemokratie verzog.

Vom Tage

Im Preußischen Landtag hat die kommunistische Fraktion gegen den Handelsminister Dr. Schröder ein Votum eingebracht, weil dieser trotz des vom Landtag angenommenen Antrags auf Schaffung des breitflächigen Arbeitstages in der Schwerindustrie keine Zustimmung zu der bekannten Verordnung des Reichsarbeitsministers gegeben hat, die den Arbeitstagszeitraum auf vier Stunden begrenzt.

Der Reichswohnenminister Goenner hält gestern mit den Führern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie Verhandlungen ab, die der Vorbereitung der Verordnung über den Reichswehrstab im Haushaltsausschuß dienen.

In Rudolstadt, dem Sitz des thüringischen Landesinstandhaltungsbundes, veranstaltete der Landbund eine Massenversammlung, an der viele Landwirte aus der Umgebung teilnahmen und eine Delegation wählten, die dem Landesfinanzamt schriftlich formulierte Forderungen der Versammlung übergab.

Wie aus Moskau gemeldet wird, nimmt die "Sowjetja" zum ersten Male zu den unerwarteten Wahlen der polnischen Unterhändler Stellung und bezichtigt diese als die Ignorierung der elementaren internationalen Höflichkeit. Die Sowjetregierung würde, trocken der ganzen Sachverhalt nicht zugunsten Polens sprechen, die Wiederaufnahme von Verhandlungen begrüßen.

Bei Gründung des Parlaments hält der englische König eine nichtslagende Thronrede, in der er den schwierigsten Fragen der englischen Weltpolitik aus dem Wege ging.

Auf der Havanna-Konferenz hatte der amerikanische Delegierte Hughes mit dem argentinischen Bevollmächtigten Puchegedon einen schiefen Zusammenschluß, weil dieser in den Sitzungen der panamerikanischen Union die Vertretung der interamerikanischen Zollschranken aufgenommen wissen wollte.

Giftpriker gegen Coote

London. (Eig. Bericht.) Um die Ausweitung der Arbeiterschaft von den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen abzulenken, lebt der Generalrat seine Angriffe gegen Coote und die Minderheitsbewegung fort. Auf einer Gewerkschaftsversammlung in Finchley erklärte Ben Tillet, ein Mitglied des Generalrats, für das Elend, das gegenwärtig in den Bergwerksbezirken herrsche, seien nicht nur die Unternehmer und der Minister Birkenhead, sondern in demselben Maße auch Coote verantwortlich, der durch die Weiterleitung des Bergarbeiterstreiks (1) die Taktik des Generalrats durchkreuzt und den Unternehmern in die Hände gearbeitet habe. Trotz der Verdrehungen Cootes hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen und trotz seines hysterischen Geschreis gegen das kapitalistische System, mit dem man aufräumen müsse, werde sich der Generalrat nicht darin beirren lassen, mit der Wirtschaft zu rechnen.

Coote beantwortete diese Hetze mit einem offenen Brief an den "Daily Herald", in dem es u. a. heißt: „Die Angriffe gegen mich im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik sind in Wirklichkeit ein Angriff gegen den Bergarbeiterverband. Baldwin und die Bechenbesitzer werden gewiß ihrem Freund und Helfershelfer Ben Tillet Dank dafür wissen, daß er ihre Unschuld bestätigt und den Bergarbeiterverband discreditirt.“

Die Bergarbeiter und überhaupt die englischen Arbeiter wissen, wer ihre Freunde sind, und sie werden nicht vergessen, daß es Ben Tillet und seine Kollegen im Generalrat waren, die unseren Feind-

den ermöglichten, und im Jahre 1926 zu schlagen, und daß Ben Tillet zu denen gehörte, die im Jahre 1921 die Bergarbeiter im Stich ließen, als der Dreibund zusammenbrach, was bekanntlich eine allgemeine Unterherrschaft gegen die gesamte englische Arbeiterschaft zur Folge hatte.

Zu den Versuchen des Generalrats, die Arbeiterschaft über die Bedeutung der Mond-Konferenz freizusprechen, erklärt Coote: „Es werden die verschiedensten Versuche gemacht, die Wahrheit zu verschleiern; aber an den Tatsachen läßt sich nicht deuteln. Warum die Arbeiter oder die Oeffentlichkeit beteiligen? Es handelt sich um eine Konferenz mit dem ausgesprochenen Zweck, den „Industriefrieden“ zu schaffen und durch die „Nationalisierung“ auf Kosten der Arbeiterschaft den Kapitalismus zu stabilisieren, und die Machstellung des britischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt zu stärken — mit einem Wort, die Gewerkschaften für die Zwecke des Kapitalismus zu mißbrauchen.“

Blutige Zusammenstöße im nordamerikanischen Kohlenstreik

Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahlb.) Nach englischen Meldungen kam es im Kohlenbezirk von Phillipsburg in Pennsylvania, wo gegenwärtig ein Streik im Gange ist, zu blutigen Zusammenstößen. Polizei wandte sich mit Schußwaffen gegen Streikbrecher.

Donnerstag nochmal's Pratung der Schulvorlage im Zentrum

Berlin, 7. Februar. Die Zentrumstraktion des Reichstages wird sich am Donnerstag nochmals mit der Schulvorlage beschäftigen. Aus Zentrumstreffen wird bekannt, daß dort „allererste“ Besorgnis um das Schicksal der Schulvorlage besteht.

Alleine politische Nachrichten

Der amtliche Großhandelsindex im Monatsdurchschnitt Januar 1928. — II. Berlin, 7. Februar. Die für den Monatsdurchschnitt Januar 1928 berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Vorjahr um 0,6 v. H. von 189,6 auf 188,7 zurückgegangen. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die vorwiegend saisonmäßig bedingte Abschwächung der Preise für Fleisch und Fleischerzeugnisse zurückzuführen. — Im Detailhandel ist von einem Rückgang der Preise nichts zu merken.

Wiederaufnahme der polnisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. — III. Warschau, 7. Februar. Gestern fand wegen der Fortführung der polnisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, an denen der polnischen Regierung sehr viel gelegen ist, zwischen dem polnischen Delegierten Solowko und einem Legationsrat der Warschauer Sowjetgesandtschaft eine längere Besprechung statt. Man hofft auf politischer Seite, daß die Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden.

Vierzig Amerikale in Mexiko verhaftet. — III. London, 7. Februar. In Mexiko City sind gestern vierzig Katholiken, darunter vierunddreißig Frauen und zwei Priester, wegen Verhafung religiöser Ceremonien verhaftet worden. Die Verhafungen dürften weniger auf „religiöse Ceremonien“ als auf klerikale Verschwörungen unter dem Deckmantel der Religion zurückzuführen sein.

Die „Großfürstin“ Anastasia in New York. — IV. Berlin, 7. Februar. Wie die „B. Z.“ aus Neujork meldet, trifft am Dienstag mit dem Dampfer „Berengario“ die angebliche russische Großfürstin und Baronin Anastasia Nikolajewna als Anastasia Tschaillowsky in New York ein. Sie wird höchststens Gast von Missis Leeds, geschiedene Prinzessin von Griechenland, sein.

Lutherkorruption und kein Ende

(Eig. Drahlb.) Berlin, 8. Februar.

Bekanntlich hat der frühere Reichskanzler und Vertrauensmann der Bürgerblöds, Luther, an Stelle eines Vertreters der preußischen Regierung den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn inne, der ihm über seine jetzige Reichskanzlerspension hinaus noch jährlich die „kleinsten“ von 20 000 Mark einbringt. Wie jetzt bekannt wird, hatte nun Luther die Absicht, diesen Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn abzugeben, aber nur — um einen fetteren Posten dafür zu beziehen. In der Form eines Schachspiels, bei dem der Bürgerblödanzler Karr den Vermittler spielt, sollte dieser Tausch vor sich gehen. Marti ist in diesem Zwickmahl an die preußische Regierung herangetreten und hat ihr den Vorschlag

gemacht, Luther zum Präsidenten der preußischen Rentenversicherungsanstalt zu ernennen. Marti wollte damit zwei Fliegen mit einer Klappe abschlagen. Einmal wollte er einen Vertrauensmann des Bürgerblöds in diese wichtige Institution hineinschieben, damit er insbesondere bei den Kreditvergaben an die Landwirtschaft die Großagrarien bevorzuge, zum anderen sollte damit die preußische Regierung zufrieden gestellt werden, indem man ihr die Besetzung des Verwaltungsratspostens der Reichsbahn zugestand.

Die preußische SPD-Koalitionsregierung hat diesen Vorschlag abgelehnt. Angesichts der kommenden Wahlen war ihr dieses neue Zugesäufnis an die Bürgerblödregierung wohl eine zu gefährliche Sache.

Drei Soldaten /

Bon
Johannes R. Becker

Drei lagen im Unterlauh,
Es war ein gewaltiges Raden,
Lichterloh hat die Erde gebrannt,
Schlöhling, ein gieriger Rauber,Da schlöhling es dem ersten das Gewehr beiseit,
Er röh — Röhling ihm die Zunge
Herrns aus dem Mund, der Mund war weit —
Angebrannen:

„Herrn, Kameraden! Wir wissen, warum
Sie sterben. Wir dingen mit Mut
Die Erde, damit es weiter tanzt,
Und es möcht gut!

Es wöhnt — und keines losamt ihm gleich —
Das Kind, das Deutsche Kind!“

Es geht mit Handgranaten los,
Es kommen Karls gefroden,
Kriegsgegniger läuft und quer,
Es jagt schwere Broden.
Es häkeln die zwei durch Stacheldraht,
Herrns aus den Flammenwerfer,
Es köpf ein weiger, prallender Strahl,
Giner Röh, die Hand soll Schärmen.

Hinter kam es zum Kampf, Mann gegen Mann,
Dort haben sie den zweiten gepackt.
Wie in den Schanzenkampf war ihm die Garde gespannt,
Sie würdigen langsam ihn ab.
Er schwante groß aus den Augen heraus
Und schaute und hat gesieht,
Doch einer rief: „Röh ihm endlich Garde!“
Der gab ihm den Gnadenbrief.

Zwei Wochen später kam das Gas,
Drausen, eine Spalte.

Die Luft war wie gestellt von Nas,
Ein Berg war abgeladen
Von Leichen dort im Tal der Marie.
Mit Chlorfall ließ man steuern.
Dort lag, geprägt in Schlamm und Dreck,
Er legte von den Dreiern.
Das Gas ging ihm bis durch die Haut,
Ins Blut, bis auf die Knochen.
Es just den ganzen Körper wund,
Er hat gebrochen.

Da röh er sich die Maske ab,
Rur einmal noch, noch schreien!
Er schrie — die Toten hört's nur —

Es schrie durch alle Reihen —
„Lehrt in die Heimat wir zurück,
Kameraden! Au die Gewehre!
Es wird ein großer Rechtsans sein,
Son morgens bis abends späte.
Und in der Nacht: Sprung an, marsch, marsch!
Es werden die Gloden läuten,
Es wird Jubel und Freude sein
Bei allen unseren Leuten.“

Wir holen uns das Vaterland,
Das Vaterland der Freiheit.
Schon seh ich über Sumpf und Sand
Rot einen Adler kreisen.“

Rächt. Die Bäume wie Gräben,
Scheinwerfer am Horizont,
Graben, Trichter, Gräben.
Die Erde wird zum Mond,
Es tanzen die Flügelwesen,
Sauen Schafe an Schäfle,
Mädeln neuen Mädeln.
Heult die Menschenklopf.

Oberschlesien

Aus dem Zeitalter der Raubritter Quikow, Röderik, Bredow und Jenplik

Um den Chausseebau im Kreis Rosenberg-Oppeln

Wir veröffentlichen eine Zuschrift aus der Gemeinde Lenle, Kreis Rosenberg, die zu dem Chausseebau von Sacrau-Turawa (Kreis Oppeln) nach der Eisenbahnhaltstelle Zembowitz-Stütz nimmt und den Nachwirkungen auf dem am die Chaussee zuliegenden Besitz der Herrschaft drei Viertel und allen anderen Besitzer: nur ein Viertel gehört. Nun ist mit dem Bau der Chaussee beim Dorfwerk Lenle Schluss gemacht worden, wo der eindrücklich schlechte Weg erst anfangt. Würde der erste in Angriff genommene Chausseebau gerade führen, so, daß die für Menschen und Tiere gefährliche Kurve in Koschitz verschwindet, dann die Chaussee auf dem Kommunikationswege Koschitz, Poliwoda bis auf den Weg Sacrau-Turawa, Kreis Zembowitz weitergeht, so wäre uns allen geholfen.

Bereits im Jahre 1882 hatte die Gemeinde Lenle, Kreis Rosenberg O.S., an die Kreisverwaltung in Rosenberg ein Blattgesuch um Ausbau des öffentlichen Weges von Sacrau-Turawa durch Nieder- und Ober-Lenle nach Bahnhof Zembowitz beantragt. Der Erfolg blieb aus. Im Jahre 1913 wurde der Antrag erneut. Nun wird jetzt eine Kürschnersche von der alten Chaussee von Radau über die

Felder des

Majoratsbesitzers Herrn v. Kuhlo

über seine jetzt erbaute Jagdrei geführt. Sie geht durch die zur Gemeinde Lenle gehörige Kolonie Korfow über die Kunststräße, und zwar die Felder der Wände Ledwig und Michalki, wobei den bestehenden gerade der beste Boden, ohne zu fragen, ohne jegliche Entschädigung, zum Chausseebau verwendet wurde. Von dort aus wird die Chaussee mitten durch den Wald des

Grafs v. Garnier auf Turawa

geführt, um dann wieder auf die Kunststräße der Gemeinde Sacrau-Turawa zu münden. Nun baut die Chaussee auf den Feldern der Besitzer, ohne sie zu fragen. Sie führt über bebauten Feldern und erreicht mitten in der Ortschaft die alte Landstraße Sacrau-Turawa, Lenle, Bahnhof Zembowitz. Die Gemeinde Sacrau-Turawa, Kreis Oppeln, und Lenle im Kreise Rosenberg sträuben sich gegen den jüngsten Bau, aber alle Blattgesuche, die Chaussee durch das ganze Dorf Sacrau-Turawa über Nieder- und Ober-Lenle nach Bahnhof Zembowitz zu bauen, wurde von den beiden Kreisverwaltungen glattweg abgelehnt. Dieser von den beteiligten Gemeinden gewünschte Bau ist fast drei Kilometer näher zur Bahn, als wie die Chaussee über Radau. Im Februar 1928 fand eine Vorbesprechung der an dem Chausseebau interessierten Gemeinden, und zwar Bischdorf, Radiburg-Turawa, Elgguth-Turawa, Sacrau-Turawa, Kreis Oppeln und der Gemeinde Lenle, Kreis Rosenberg, im Beisein der beiden Kreisverwaltungen in Sacrau-Turawa statt. Bei dieser Besprechung, sagte der Vertreter des Kreises Oppeln: „Wir müssen auch der armen Bevölkerung der Ortschaften entgegenkommen.“ Daraufhin erwiderte ein anderer, da die Kreisverwaltung Rosenberg O.S. schon dachte, den nur für Privatinteressen projektierten Chausseebau vorgebrachten, folgendes: „Wir werden das machen, was wir wollen.“ So sind wir Gemeinden jetzt gezwungen, unser Recht beim reichsgerichtlichen Gericht zu suchen. Der dieses Projekt verachtende und an ihm interessierte Herr von Kuhlodau in Radau sagte: „Die Revolutionszeit ist vorüber. Wir werden machen, was wir wollen.“ Ich frage:

Leben wir noch im 17. Jahrhundert zur Zeit der Leibeigenen, wo die berüchtigten Raubritter Quikow, Röderik, Bredow und Jenplik regierten?

Bei der Abrechnung der alten Chaussee vom Bahnhof Zembowitz nach Radau wird bei der Krollmühle eine neue Chaussee nach der Ortschaft Lenle gebaut, aber nur bis an das Dorfwerk Ober-Lenle. Die ganzen Vermessungsarbeiten der Chausseen mußte die arme auf Flugland bauende Gemeinde Lenle tragen.

Die Herrschaft Radau wurde weder zu den Kosten noch zu Gespanndiensten herangezogen.

Obwohl von dem am die Chaussee zuliegenden Besitz der Herrschaft drei Viertel und allen anderen Besitzer: nur ein Viertel gehört. Nun ist mit dem Bau der Chaussee beim Dorfwerk Lenle Schluss gemacht worden, wo der eindrücklich schlechte Weg erst anfangt. Würde der erste in Angriff genommene Chausseebau gerade führen, so, daß die für Menschen und Tiere gefährliche Kurve in Koschitz verschwindet, dann die Chaussee auf dem Kommunikationswege Koschitz, Poliwoda bis auf den Weg Sacrau-Turawa, Kreis Zembowitz weitergeht, so wäre uns allen geholfen.

Es wird aber auf die arme Bevölkerung und deren Zugtiere keine Rücksicht genommen, und doch ist der von uns vorgeschlagene Weg fast drei Kilometer näher zur Bahn als über Radau. Die Provinzial-Verwaltung (Regierung) von Oberschlesien hatte auf die vielen Blattgesuche den antragstellenden Gemeinden mitgeteilt, daß ihre Anträge berücksichtigt werden sollen. Warum ignorieren denn die Kreisverwaltungen durch ihr Verhalten den Regierungsbefehl? So sind wir gezwungen, uns an die Oeffentlichkeit zu wenden. — Einer für viele.

Gleiwitz

Flugverkehr Gleiwitz-Wien. In der Notz über die Eröffnung des täglichen Flugverkehrs auf der Strecke Gleiwitz-Wien am 6. Februar 1928 sind ironisch die Seiten teilweise falsch angegeben. Die Start- und Landzeiten sind folgende: Ab Gleiwitz nach Wien 12,50 Uhr, nach Breslau 12 Uhr, Ankunft in Gleiwitz von Wien 11,40 Uhr, von Breslau 12,30 Uhr.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Gespann und einem Automobil trug sich auf der Klosterstraße zu. Ein Arbeiter hatte seinen Udenwagen stehenlassen. Das Pferd setzte sich in Bewegung und fuhr hirtenlos durch die Einsicht auf die Straße. In diesem Augenblick kam der Personenkraftwagen, und der Zusammenprall war unvermeidlich. Die Deichsel des Wagens drang durch die Glaskellen, die zerstört wurden. Während die Fahrgäste mit dem bloßen Schreden davontaten, erlitt der Führer erhebliche Verletzungen.

Schwere Verletzungen zog sich ein Arbeiter zu, der auf der Bergstraße mit seinem Fahrrad fuhr. In der Höhe des Beuthener Wassers stieß er mit einem Personenkraftwagen zusammen und wurde vom Rad geworfen. Hierbei kam er so ungünstig zu Fall, daß er Verletzungen erlitt. Das Fahrrad wurde vollständig zerstört. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Hindenburg

Autounfall. Der Kaufmann Eisner unternahm am Sonnabend mit seiner Ehefrau eine Fahrt ins Riesengebirge. In Orlitz angelommen, merkte er, daß der Reiter Zug bereits abgefahren sei. Sofort mietete er ein Auto, mit dem er den Zug einzuholen beabsichtigte. Vor Brotawa kam infolge der schlüpfrigen Chaussee das Auto ins Schleudern, schlug an einen Baum und fuhr die Lüftung hinunter. Hierbei wurde es schwer beschädigt. Ein Stück Fenstersglas drang Frau Eisner in den Hals. Der Ehemann und der Chauffeur kamen mit dem Schreden davon.

Erschossen aufgefunden wurde auf der Eisenbahnstrecke Sosnica-Maloschau ein Mann. Bei der Durchsuchung seiner Kleider fand man bei ihm einen Zettel mit dem Namen: Arbeiter Konrad Kowarsky, ohne jede Ortsangabe. Vermutlich liegt Selbstmord vor.

Neue Flughäfen. Durch Besluß der städtischen Körperschaften und unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde sind für die neue Entlastungsstraße östlich der Wilhelmstraße, von der Kronprinzenstraße bis zur Sosnica-Straße, neue Flughäfen festgesetzt worden. Der Flughäfenplan vom 22. Januar 1928 mit den Änderungen vom 21. Oktober 1927 liegt vom 6. Februar 1928 ab vier Wochen lang im Stadtbauamt in Hindenburg, Kronprinzenstr. 123, während

der Dienststunden zu jedem Tag aus. Einwendungen gegen den Plan können innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder mündlich zur Vermeldung des Ausschlusses beim Stadtbauamt eingereicht werden.

Beuthen

Der Tod auf der Halde. Auf der Schladenhöhe der Eisenbahngrube in Beuthen wurde der obdachlose Glaser Peter Heimat aufgefunden. Er ist zuletzt in Beuthen auf die Kauerstelle wohnhaft gewesen. Der Körper des Toten zeigt an mehreren Stellen Verbrennungen auf. Als Todesursache wurde Kohlenoxydvergiftung festgestellt.

Neustadt

Wohlbett über Rusland. Am 1. Februar sind hier im Saale des Gastwirts Scholz eine öffentliche Versammlung statt, bei der der Russlandbegeisterte Genosse Dittmar über das Thema: „Die Wohlbett über Rusland“ referierte. Der Saal war vollbesetzt. Der Referent verstand es, scheinbar leicht verständlich, seine Eindrücke über Rusland wiederzugeben. Er schilderte die Betriebe, die Schulen, das Heer, die Wohlfahrtseinrichtungen, zum Schluß die Schönheit der Arbeit, die Mutterfürsorge und die Sauglingsheime. Keiner Beifall bewies, daß die Worte des Referenten auf guten Boden gesetzt waren. Möge recht bald die Frucht wachsen. Zu der nach dem Vortrag einsetzenden freien Ausprache meldete sich u. a. der Hakenkreuzler Trümmer, der wissen wollte, welche Ansichten in der roten Armee sei. Außerdem bemerkte er, daß die Anwesenden zu überzeugen, daß der nächste Krieg von den Staaten Deutschland, Russland und Japan als Verbündete gegen England und Amerika ausgefochten würde. Jedenfalls hofft er, daß Deutschland darin zum Schluß die andern übertrifft, um als neues, einiges Deutschland Auferstehung zu feiern. Es muß bewertet werden, daß Trümmer geistig etwas beschränkt ist. Genosse Dittmar verstand es mit Leichtigkeit, die Phantasien des Judenfeindes zu widerlegen, und die Versammlung endete mit großer Heiterkeit.

Oppeln

Ein Nebenstand. Wir haben eine Autobus-G.m.b.H. Der Betrieb ist ziemlich ausgedehnt, man will es dem Publikum bequem machen. Aber eins wird doch vernachlässigt. Dies sind die Fahrpläne. Es sind wohl welche vorhanden, aber durch die Einführung weiterer Linien sind diese sehr unvollkommen. An einigen Stellen (Ring) findet man keinen Fahrplan. Wohl ist dort eine Lichtreissensäule, aber die Schelbe mit dem Fahrplan ist verschlagen. Die Fahrpläne an den Haltestellen sind durch das Glück, besonders bei Dunkelheit, schwer zu entziffern. Vielleicht bemüht sich die Gesellschaft, bessere Fahrpläne und an übersichtlicheren Stellen anzubringen. Sollte es an einem Fischmann dazu mangeln, was wir nicht bezweifeln, so gibt es unter den Arbeitslosen gewiß Personen, die diese Arbeit machen könnten.

Von der Eisbahn. Wir haben ein verhältnismäßig gutes Eisjahr. Trotz öfterem Wechsel der Temperatur ist die hiesige Eisbahn immer fahrbare gewesen. Einige Eisbahnarten, je ein Postumfest für die kleinen und die Großen sorgten für bessere Eislaufstimmung. Zuschauer gibt es allerdings mehr w. Eisläufer. Viele haben nicht das nötige Kleingeld für diesen Sport, viele sind schon abgängt und viele zu ungeschickt, um auf der spiegelnden Eisfläche zu konkurrieren. Unfälle, außer U-fallen, kommen wenig vor. Am letzten Sonntag allerdings wurde ein Schüljunge am Auge dadurch verletzt, daß in ihn, als er hinsielte, ein anderer Eisläufer hineinstieß. Es dauerte geraume Zeit, ehe sich jemand fand, den Jungen vom Eis fortzubringen, obwohl ein Arzt (Dr. Hoffmann) einige Male an dem Verletzten vorbeilaufte. Vielleicht wird einmal dafür gesorgt, daß sich jemand um die Vorgänge auf der Bahn kümmert.

Eine neue Verordnung in der Bewirtschaftung von Wohnungen tritt mit Wirkung ab 10. Februar für den Stadtbezirk Oppeln in Kraft. Die Paragraphen 1 und 2 lauten: „Die Vergabe von Wohnungen bis zu drei Stuben und Küche erfolgt auch weiterhin durch das Wohnungsamt.“ — „Wohnungen von mehr als drei Stuben und Küche (eine Mansarde oder ein Speicher- oder Badzimmer gelten als Nebenzimmer und werden nicht mitgezählt) können von dem Verfügungsberechtigten bei Freiwerden an solche Personen vermietet werden, die sich im Besitz eines besonderen vom Wohnungsamt ausgestellten Dringlichkeitsausweises (grüne Karte) befinden. In dem Dringlichkeitsausweise ist die Zahl der Räume bestimmt, die der Inhaber des Ausweises anmieten darf. Die Vermietung ist nur zulässig, wenn die zu vermietende Wohnung der Raumzahl entspricht, die dem Mieter nach dem Ausweise zusteht.“

LOURDES

Von EMILE ZOLA

108

Als ihm dieselbe vom Staatsrat zurückgegeben worden, verurteilte er die Stadt zur Zahlung der hunderttausend Franken und den Erben zum Ausbau der Kirche, indem er das Pfarrvermögen ganz aus dem Spiele ließ. Hier es wurde aufs neue Berufung an den Staatsrat eingeleitet, wodurch das Urteil aufgehoben. Und diesmal zog er die Rechtsache vor, im Forum und verurteilte das Pfarrvermögen, in dessen Ermangelung aber den Erben zur Bezahlung des Unternehmertums. Und das eine noch der andere waren zahlungsfähig, so blieb die Lage, wie sie war. Diese Prozeße hatten zwanzig Jahre gedauert. Da die Stadt sich gefügt hatte, ihre hunderttausend Franken zu geben, so schuldet man dem Unternehmer nur noch zweihunderttausend Franken. Allein die Kosten aller Art und die angehäuften Zinsen hatten diese Summe zu einem solchen Grad gesteigert, daß sie betrabe jetzt sechshunderttausend Franken betrug. Und weil man andererseits das zur Vollendung der Kirche nötige Geld auf vierhunderttausend Franken schätzte, so wäre denn eine Million nötig gewesen, um die junge Ruine vor dem gewissen Zerfall zu retten. Vor diesem Tage war kommt die Patres von der Grotte ruhig schlafen; sie hatten sie umgebracht, die Kirche war ebenfalls tot.

Die Gloden der Basilika stimmen ein Freudengeläute an, und der Pater Sempe herrsche. Er war als Sieger hervorgegangen aus diesem Kriegerkampf, aus diesem Krieg bis aufs Messer, in welchem man Steine tötete, nachdem man im verschwitzten Schatten der Sakristeien einen Menschen getötet hatte. Und das alte Lourdes ist jetzt schwer unter dem Schaden, eigenartig und unverständlich gewesen zu sein und seinen Kuraten, die in Mühlau und aus Liezen zu seiner Pfarrer gestorben waren, nicht leidet gefürchtet zu haben. Denn vor da an wurde die neue Stadt unvorsichtig grünen und gediegt auf Kosten der alten. Aller Reichtum lag der ersten zu; die Patres von der Grotte schlügen Geld aus allem, betreuteten sich an den Fremdenherbergen und verkauften das Wasser der Quelle, obwohl es ihnen nach einer förmlichen Beslimmung ihres Vertrages mit der Stadt untersagt war, sich irgendwoen Handel zu widmen. Das ganze Land sahle an; der Triumph der Grotte hatte eine solche

Gewinnsucht, eine so brennende, siedelhafte Gier nach Besitz und Genuß mit sich gebracht, daß sich unter dem Platzzen der Millionen eine außergewöhnliche Sittenverderbnis von Tag zu Tag weiter ausbreite, und Bernadettes Bethlehem dadurch in ein Sodom und Gomorrha umgewandelt wurde. Der Pater Sempe vollendete den Triumph Gottes inmitten der Abschrecklichkeiten der Menschen und zum Unglück der Seelen. Riesenhohe Bauten wuchsen aus dem Boden hervor; fünf oder sechs Millionen waren schon ausgegeben, man hatte alles dem absoluten Willen geopfert, die Pfosten auf die Seite zu schieben, auf daß man die ganze Beute für sich behalte. Die kolossal, so kostspieligen Rampen waren nur da, um den Wunsch der Jungfrau, welche begehrte hatte, daß man in Prozession zur Grotte komme, geschickt zu umgehen. Denn wenn man von der Basilika auf der linken Rampe hinab und auf der rechten wieder zu ihr hinaufstieg, so war das kein Prozessionszug, sondern ein Rundgang an Ort und Stelle. Aber die Patres hatte es zuwege gebracht, daß man bei ihnen weggang und wieder zu hinaufzulaufen. Auf diese Weise waren sie die alleinigen Eigentümer, die herzlichen Besitzer des Reichsguts der Grotte und konnten die ganze Erde in ihren Speichern führen. Der Kurat Peyramale war in der Krypta seiner neuausgebauten Kirchentruine begraben und Bernadette nach langem Todestamme in der Ferne in einem Kloster gestorben, wo auch sie zu dieser Stunde unter der Steinplatte einer Kapelle schließt.

Ein dieses Schweigen herrschte, nachdem der Doktor Chassaigne seine lange Erzählung beendigt hatte. Dann erhob er sich mühsam von seinem Platz. „Mein liebes Kind!“ sagte er, „Es ist gleich zehn Uhr, und ich wünsche, daß Sie ein wenig ruhen. Wir wollen zurückkehren.“ Die Patres begleitete ihn schweigend. Sie gingen etwas rascheren Schrittes der Stadt zu.

„Ah ja!“ begann der Doktor wieder, „Es sind große, schreiende Ungerechtigkeiten und überaus schmerliche Dinge vorkommen. Aber was wollen Sie? Der Mensch verdient die schönsten Werke... Und Sie können sich noch gar nicht vorstellen, wie schrecklich traurig das war, was ich Ihnen soeben erzählte. Man muß es sehen; man muß es mit dem Finger berühren. Wollen Sie, daß ich Ihnen diesen Wund des Zimmer der Bernadette und die unvöllendete Fassade des Kuraten Peyramale zeige?“

„Gewiß, sehr gerne.“

„Rin gut! Nach der Mitternacht-prozession werde ich Sie wieder vor der Basilika treffen, und dann begleiten Sie mich.“

Sie sprachen nichts mehr; jeder war in seine Träumereien versunken.

Nicht stak der Bone zu ihrer Rechten in einer tieferen Schlucht

einer Art Erdeinschnitt, hin, in den er sich stürzte, so daß er unter den Staudengewächsen verschwunden schien. Bisweilen sah man aber wieder ein Stück seines matten, sibirischen Wasserbügels. Weiter weg machte er eine plötzliche Schummierung, und dort sah man ihn breit durch eine Ebene fliegen. Er dehnte sich zu belebten Flächen aus, die oft ihr Bett wechseln mußten; denn der aus Sand und Kieselstein bestehende Grund war nach allen Richtungen hin ausgewaschen. Die Sonne begann, brennende Hölle zu verjüngen; sie stand schon hoch am Himmel, bessern hellen Blau den unermesslichen Umkreis der Berge von einem Stande zum andern überwölbt.

An der Straßenkrümmung erschien auch Lourdes, noch weit entfernt, vor den Augen Pierres und des Doktors Chassaigne. Unter dem glänzenden Morgenhimmele zeichnete sich die Stadt weiß am Horizont ab, unter einem Schleier von fliegenden goldigem und purpurfarbigem Staub, und mit ihren Häusern und Monumenten, die bei jedem Schritt, welcher sie näher brachte, je mehr und mehr bestimmt hervortraten. Der Doktor wigte endlich seinem Gesäßten mit einer umfassenden, traurigen Scherbe und ohne zu sprechen diese heranwachsende Stadt, als ob er sie zur Beugung dessen hätte nehmen wollen, was er erzählt hatte. Sie war das Beispiel und der Beweis, der sich im strahlenden Tageslicht selbst herausbeschwor.

Schon bemerkte man die zu dieser Stunde und unter dem grünen Laub schwächer gewordene Glut der Grotte. Dann dehnten sich die riesenhaften Bauarbeiten vor ihnen aus: der Kai aus behauenen Steinen, den ganzen Gede entlang, dessen Lauf man hatte abschaffen müssen; die neue Brücke, welche die neuangelegten Gärten mit dem künstlich erodierten Boulevard verbund; die kolossalen Rampen, die massive Rosenkranzstraße und die alles befreischende schlanke Basilika in ihrer stolzen Grazie. In ihrer Umgebung und in dieser Entfernung sah man von der neuen Stadt nicht als rosig schenken, mehr weiße Fassaden, glitzernde neue Schieferdächer, große Klöster, große Gasthäuser, eine triste, wie durch eine Wunder aus dem antiken, armen Boden herwachsene Gemeinde, während hinter der Felsenmauer, auf welcher die einstürzenden Mauern des Schlosses im Profil sich abzeichneten, das vermoerte und verdrückte, niedrige Fachwerk der alten Stadt errichtet, ein buntes Gemisch von kleinen, durch das Alter zerstreuten Achtern, die sich durchaus anstrengten.

„Gewiß, sehr gerne.“

„Rin gut! Nach der Mitternacht-prozession werde ich Sie wieder vor der Basilika treffen, und dann begleiten Sie mich.“

Sie sprachen nichts mehr; jeder war in seine Träumereien versunken.

Nicht stak der Bone zu ihrer Rechten in einer tieferen Schlucht

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. Februar
Kinder haben **Keine Veränderung**
Zutritt 3 Uhr, 5,45 Uhr und 8.30 Uhr: **Täglich 3 Vorführungen**

Pat u. Patagon als Millionäre

und den Sportfilm

Die neue Großstadt

Die Kinder der Arbeitersportvereine und aller anderen proletarischen Gruppen haben bei gemeinsamem Besuch Preisermäßigung, aber nur zu den ersten 2 Vorführungen. Erwachsene bis 5 Uhr 25 Pfennig, sonst Einheitsplatz 50 Pfennig.



Kappel

"einfach lobhaft"
so lautet das Urteil jeder Maschinendreherberlin die auf der

Kappel
mit geräuschlosem Wagenräderlauf u. zwangloser Großbuchstabenspesschreib. Mach auch Sie ein Versuch, Sie wird begeistert sein.

Bezirkstretter
Max Arnoldi
Breslau 3 - Museumplatz 8
Fernsprecher Orla 5439
eigene Reparatur-Werkstatt!

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, b. 4, 2, bis Sonnabend, b. 11, 2, täglich 20 Uhr Uraufführung "Trommelieder" Heldenspiel v. Alsch u. Dutes deutsch von Wolfenstein Sonntag, den 15. 2. 15 $\frac{1}{4}$, Uhr Zu kleinen Preisen Chilkindleinsmärchenwald

Thalia-Theater
Von Sonnabend, b. 4, 2, bis Sonnabend, den 11. 2. Zum ersten Male! "Das Kamel geht durch das Nadelöhr" Lustspiel von Frankfort Vanger Sonntag, den 15. 2. 15 $\frac{1}{2}$ Uhr Zu kleinen Preisen "Zinsen"

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 38300

Montag
Mittwoch und
Freitag
Gräfin Mariza

Lederjaden Ia
Barm gefüllt 64,- 55,- 47,-
Sede holen 5,25
Bederboden und Mützen
Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4

Masken
und Theater - Kos. Ume
neu u. preisgekauft — verkauf billist
G'sttes Spezialhaus
H. Wiersin Breslau, Messergasse 50
Am Neumarkt — Tel. O. 466

Biondeleithaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Gleiwitz

L. Pluta
Inhaber Joseph Guttmann
Gleiwitz, Nicolai Str. 11
Destillation und Ausschank

Beuthen

Metallbetten
Auslegematten aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzerstraße 127 — Telefon 3190
Beuthen, Pieler Straße 23
Telephone 2048, 2049

N. TAU, Beuthen OS.
Krakauer Straße 36
Gegr. 1903 / Fernruf 2973
Spezialhaus für Herren- und Dame-Siefe
Leinen- und Baumwollwaren
Besonders billige Arbeiterkleidung

Hindenburg

Kurt Grünerger
Hindenburg
Dorotheenstrasse 14
gegenüber Knappaufstiegswett
Manufaktur und Modewaren

Georg Pollak
Hindenburg, Dorotheenstrasse 8
Größtes Spezial-
Damen - Konfektionshaus
Billige Preise — Echte Bekleidung

Adolf Schindler
Hindenburg, Kronprinzerstr. 127
Lederhandlung und Lederwaren
zu billigsten Preisen

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Orpheus R. Binas

Otelerstrasse 27
Chemikalien, Parfümerien, Farben

Olo Bornschein
Kolonialwaren
Löschstrasse 11
Telephon 40580

Herrmann
Brockauer Str. 16
81651

Kurt Rühl
Wormerstr. 73
81638

Fahrraum Schlapp, Tautenzienstr. 149
Fahrer in allen Preislagen
Fachmann, Reparatur - Werkstatt

Fahrräder — Gramophone
Hoch, Kloststr. 103

81649

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
Sadowastrasse 26

81613

Albert Seifert
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Hubenstraße 41
81639

Weibrand Rum :: Liköre
nur bei
D. Kochmann
Weidenstrasse 25
8165

Schuhhaus Kloss
Maß- u. Renatur-Werkstatt

Breite Straße 21
Reell u. preiswert

P1642

Breslau-Zentrum

Allerfeinst-Auszugsmehl, Kolonialwaren

Hermann Berger

Ritterplatz 13
81649

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Albert Seifert

Hubenstraße 41
81639

Bettfedern neuzeitl. Reinigung

Dutschke

Margaretenstr. 15 (Hofgebäude)

81635

Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert

in der Fleischerei von

Wilhelm Jädel

Hummerlei 29

81630

Färberel Felix, Breslau 24

Grabschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934

färbt, wäscht, reinigt alles!

Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen

Vorzeiger dieses Inserats 3 Proz. Rabatt

81644

Nur 10 Pfennig pro Tag

branden Sie für diese Uhr zu bezahlen.

Ich verkaufe diese hier abgebildete

Anker-Remontoir-Uhr — echt versilbert

u. vergoldet — mit Garantieschein

für 12 Mark, zahlbar auf Wunsch in vier

Monatsraten. Keine Va. auszahlung. Erst

bei Lieferung der Uhr oeglin die monatliche

Ratenzahlung. Versuchen Sie nicht,

sich diese gutehe und elegante Uhr

unter leicht Zahlungsbedingungen anzu kaufen.

Damen-Uhren 2 Mark teuer. — Ferner

lieferne ich VEP. mit Sprungdeckel für

hodlegerige VEP. nur 1 $\frac{1}{2}$ Mk. gegen bar.

Kavalier-Uhren. gut goldet voller Garantie.

Zahlreiche Anerkennungen.

Karl Fritsch, Berlin SW 48/35, Besselstr. 5

81630

Im Zeichen des Steinbocks!

Danke schön!

Ein gutes Trinkgeld zahlt jeder Gast,

wenn man ihm im Hotel seine Stiefel

richtig behandelt. Er sieht sofort,

dass die Edelpaste Büdo benutzt wird.

Und gerade diese Creme schätzt der

erfahrene Reisende, weil er weiß, dass

Büdo den Stiefel elegant erhält und

das Leder pflegt. Und Büdo ist doch

so bequem, — raschster Glanz und

praktischer Dosenöffner. Deshalb:

Nimm

Büdo

81630

Arbeitskleidung, Witze u. Wallmatten

Paul Lorenz

Breslau, Bahnhofstr. 21

81637

Jeder Arbeiter kauft

zu preiswert in der

Bäckerei

Herrmann

Brockauer Str. 16

81651

Blumenhaus

für Freud u. Geld

Emma Adler

Tautenzienstr. 165

81641

Gebäckwaren-

Spezialgebäck

Kurt Rühl

Wormerstr. 73

81638

Lebensmittel

Kolonialwaren

M. Kricke

Lüschstr. 17

81631

Genossen! Beachtet beim

Ein auf unsere Inseranten!

„Ich scheide aus der Partei des Prinzipienverrats“

Unser Zentralorgan, die „Rote Fahne“, veröffentlicht nachstehenden Brief:

Berlin, den 5. Februar 1928.

An den Bezirksverband Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gelegenheit des ersten Aufmarsches der Stahlhelmsformationen im Frühjahr vorigen Jahres in Berlin stellte ich den Antrag, den bewaffneten Genossen Polizeipräsidienten wegen Begünstigung faschistischer Organisationen auszuschießen. Das ist nicht geschehen; auch mein Parteigenosse Amtschef folgt mir nicht für nötig beschieden, das rote Berlin von diesem zweiten Aufmarsch der Faschisten zu befreien. Es haben sich im Gegenteil seine Polizeibeamten bei der Säuberung von Straßen, zum Beispiel der Schloßstraße, in einer Art mit dem Guimilsklippel betätigt, die beweist, wie weit das Rote System Schmutz gemacht hat.

Mit erschreckender Deutlichkeit ist mir besonders heute wieder zum Bewußtsein gekommen, daß alle meine Bemühungen, durch meine Referate revolutionierend auf die Parteigenossen zu wirken, schiefen müssen, solange die Partei von bürgerlichen Führern und Bürokraten beherrscht ist. Es kann sie nur eines vor dem endgültigen Untergang retten:

Die Säuberung von ihrer verfaßten Führungsschicht.

Von einem Revolutionär — der ich jetzt bleibende werde — kann man aber nicht erwarten, daß er länger einer Partei angehört, die das Erbe Bebels und Marx verlustiert hat.

Ich scheide mit dem heutigen Tage aus der Partei des Programms und Prinzipienverrats aus und verspreche euch:

Meine ganze Kraft gehört von nun an dem Kampfe gegen die Konterrevolutionäre SPD in den Reihen der KPD.

Wilhelm Richter.

Dazu schreibt die „Rote Fahne“: Der obige Brief eines sozialdemokratischen Funktionärs und Referenten bringt die Stimmung zum Ausbruch, die nicht nur den einzelnen Genossen, sondern immer größere Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beeindruckt.

In einer Situation, in der die Bourgeoisie ihre Bürgerköniglichkeit gegen die werktätigen Massen täglich schroffer betreibt und zugleich die ersten Ansätze zu einer höheren faschistischen Klasseorganisation durch das Luther-Büro schafft, marschierte der Stahlhelm gegen das rote Berlin auf.

„Läßt die Faschisten unter sich!“ das war die SPD- und Reichsbannerparole beim Stahlhelmaufmarsch vom 8. Mai. Diesmal versuchten die SPD-Führer, die Tatsache des Stahlhelmaufmarsches überhaupt fortzuschreiben, um eine Gegenaktion der sozialdemokratischen Arbeiter zu verhindern. Am 8. Mai hatte ihre jämmerliche Parole nicht verhindern können, daß viele sozialdemokratische Arbeiter, wenn auch nicht die Gesamtheit, doch der Parole der Kommunisten und des KPD-Folge leisteten und den Stahlhelmern gehörende Ablöse bereitstellten. Diesmal wollte der „Vorwärts“ und der sozialdemokratische Bezirksvorstand noch schlauer sein.

Aber weder das Schweigen Stampfers, noch die aktiven Liebesdienste Jörgiebels für den Stahlhelm konnten verhindern, daß unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Erkenntnis von dem arbeiterfeindlichen und verräderischen Charakter dieser Politik Platz greift.

Der Schritt des Genossen Richter, sein endgültiger Bruch mit der Partei des Prinzipienverrats, ist um so bedeutsamer, als hier ein ehemaliger linker Sozialdemokrat den Weg in die Reihen der kommunistischen Partei gefunden hat, der bis in die letzten Tage die Hoffnung bewahrte, innerhalb der SPD durch seine Opposition revolutionierend wirken zu können. Auch er mußte erkennen, daß die kommunistische Partei recht hat, wenn sie den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern sagt, daß dies eine Illusion ist, daß es gilt, Schlüss zu machen mit der Politik und der Partei des Arbeiterverrats und mitzuhelfen an der Organisierung des Klassenkampfes in den Reihen der Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs! In den Reihen der KPD allein kann der klassenbewußte Arbeiter seine proletarische Pflicht erfüllen, in der KPD, die allein das Erbe der alten Sozialdemokratie aus den Zeiten August Bebels und Wilhelm Liebknechts fortführt.

Wer gegen die Koalitionspolitik ist, hat keinen Platz in der KPD.

In einem Brief an KPD, SPD und ADGB in Hamburg haben 16 sozialdemokratische Arbeiter sich anlässlich der am 19. Februar stattfindenden Wahl zur Hamburger Bürgerschaft und zum Senat gegen die Fortführung der SPD-Koalitionspolitik ausgesprochen und die volle Auswertung der zu erwartenden KPD- und SPD-Mehrheit gefordert. Dieser Brief sozialdemokratischer Arbeitermitglieder, die es nicht mehr ertragen konnten, daß seitens der Hamburger SPD-Führer Schindluder mit den Interessen des Proletariats getrieben wurde, — daß man nach den letzten Wahlen schamlos die Mehrheit von KPD und SPD zugunsten der Volkspartei und der Demokraten, denen die Mehrheit der Sozialdemokraten zugestanden wurde, preisgegeben hatte — dieser Brief hat die Hamburger SPD-Führer und ihr Organ, das „Hamburger Echo“, in einen wahren Wuttaumel versetzt. Weil seine Arbeiter es wagten, eine Reihe von proletarischen Forderungen, wie „Acht Stunden Tag, 45 Stunden Woche, Erhöhung der Löhne usw., in diesem Briefe aufzustellen und weil sie gar wagten, die Auffassung der KPD, „aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus nicht in den Senat einzutreten, aber die Bildung eines SPD-Senats zu ermöglichen“, zu verstehen und demgemäß die SPD zur Alleinruhrtung eines Senats aufzufordern — deßhalb werden diese 16 sozialdemokratischen Arbeiter im „Hamburger Echo“ in halbwürtigen Ausführungen als Verräter, Lumpen, Spitzel der KPD und ähnliches beschimpft.

Und — natürlich — in den Reihen der Rote-Partei ist für solche Proletarier, die nicht bedingungslos den Rote-Partei des Parteivorstandes mitmachen, kein Platz mehr. Das „Hamburger Echo“ kommt daher am Ende seiner Schimpfanode zu dem Schluß:

„Es sei als selbstverständlich festgestellt, daß alle Sozialdemokraten, die sich durch ihre Unterstrich von der KPD haben missbrauchen lassen, sich damit von selbst außerhalb der Sozialdemokratie gestellt haben. — In der Sozialdemokratie, auch darauf sei hingewiesen, hat immer größte Meinungsfreiheit geherrscht.“ (!!) Wie diese Meinungsfreiheit auszieht, das haben die Hamburger SPD-Führer durch den Hinauswurf dieser sozialdemokratischen Arbeiter, die im Interesse der Einheit, im Interesse der Arbeitermehrheit Ham-

burgs ihre Vorschläge machten, bewiesen. Die Hamburger Arbeiterschaft wird nicht versäumen, jenen SPD-Führern am 19. Februar eine proletarische Antwort zu geben.

Kapitulationssieger im deutschen Rom. Aus Anlaß des sechsjährigen Pontifikats des Papstes gab der apostolische Nunthius in München ein Festmahl, an dem das gesamte hoherhohe Staatsministerium mit Dr. Held an der Spitze sowie der Reichsgesandte und der preußische Gesandte teilnahmen. Die üblichen Triumphalfeiern wurden ausgeschlagen.

Abrechnung der Arbeiter in Halle mit Urbahns und Kilians

Eine ausgeslogene Versammlung der „Opposition“ in Halle wird von der schlesischen und oberösterreichischen SPD-Presse zur Hetze gegen die kommunistische Partei benutzt. Wie stand es mit der „Sechsstunden Schlacht“, über welche die „Vollswacht“ und die anderen SPD-Blätter berichten. Die Urbahns und Kilians-Lente halten eine öffentliche Versammlung nach dem „Vollspiegel“ einberufen. Die gesamte Presse des Bürgerschlods war dort vertreten. Diese reaktionäre Meute witterte mit den ihr eigenen Schmutz in Instinkten, daß Urbahn und Kilian ihnen Lügenmaterial über die Sowjetunion und die kommunistische Internationale geben würden. Es war unter diesen Umständen für die kommunistische Partei eine selbstverständliche Pflicht, den Verleumdungen der Urbahns und Kilians entgegenzutreten. Obwohl die Leitung der Partei bereit war, für die volle Ordnung im Saal zu sorgen, und Kilians und Urbahns je eine Stunde reden zu lassen, erklärte die Opposition, daß sie keine Sprüche der Partei zu lassen werde. Man sieht also, daß gerade die Leute, die immer davon quasseln, daß sie während ihres Besitzes in ihrer Meinungsfreiheit gehindert wurden, selbst weiter oben jeder Parteidemokratie sind. Die Ablehnung der Diskussion rief unter

der Arbeiterschaft einen Entrüstungsrumpf hervor. Genosse Schröter brachte unter stürmischer Zustimmung des weitauß größten Teils der Versammlung eine Resolution zur Abstimmung, in der das Kreisen der Opposition schärfstens gebrandmarkt und der Komintern und dem BZ, das Vertrauen ausgesprochen wird.

Kilian und Urbahn müssen nach mehreren Stunden wie begossene Puddel das Feld räumen.

Aufgaben, die gelöst werden müssen

In unserer Zeitung wurde schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die nächsten Monate unserer Parteiorganisation große Aufgaben stellen werden. Es gilt, den Ablauf der Betriebsverträge vorzubereiten, alle Kraft einzusehen, um die Massen für die Betriebskämpfe zu mobilisieren. Die Betriebsratswahlen stehen bevor, unsere Betriebszellen müssen alle Anstrengungen machen, um die Versuche der Reformisten, uns zurückzudrängen, abzuwehren und unseren Einfluß unter den Betriebsräten wesentlich zu verstärken. Auch die kommenden Parlamentswahlen müssen bereits vorbereitet werden.

Im neuen Heft des „Partearbeiter“ wird ausführlich und eingehend zu diesen Aufgaben Stellung genommen. Unsere Genossen können aus den Beiträgen derselben eine ganze Reihe praktischer Anregungen für die Arbeit entnehmen. Im Leitartikel des Hefts werden vor allem die Lehren, die sich aus den zuletzt liegenden Betriebskämpfen für die Vorbereitung der bevorstehenden ergeben, behandelt. Im Zusammenhang damit wird auf die Aufgaben der Partei in der Erwerbslosenbewegung, der Ausmerksamkeit unerlässlichen Tätigkeit hingewiesen. Ein besonderer Artikel behandelt die Bedeutung der internationalen Frauenwoche.

Von den Beiträgen im Teil „Aus der Praxis für die Praxis“ weisen wir besonders auf diejenigen hin, die die Vorbereitung der Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen behandeln. Wichtig ist auch der Artikel, der unsere Agitpropagand einer gründlichen und viele Unregungen gebenden Art unterzieht. Auf einer noch immer vorhandenen Schwäche — den ungenügenden Literaturvertrieb durch unsere Zellen und Ortsgruppen — weist ein spezieller Artikel hin. Einige weitere Beiträge behandeln noch die Arbeit unter den christlichen Arbeitern, die Organisation einer Frauenveranstaltung und die Ausgestaltung unserer Betriebszellen.

Dem neuen Heft des „Partearbeiter“ liegt auch das „Jahresverzeichnis für den Jahrgang 1927“ bei. Jeder Parteifunktionär muss sich deshalb unbedingt das Heft zulegen. Es ist bei jedem Literaturabmann zu beziehen.

Aus aller Welt

Die Vergangenheit des Posträubers Hein

Geringe katholische Erziehung im Elternhaus — Hein war ein guter Schüler und fleißiger Arbeiter — Bis zu den mitteldutschen Raubüberfällen im Herbst vorigen Jahres unbekannt — Wie wurde Hein Posträuber?

Sein Name wird seit Wochen in Deutschland so oft genannt, wie der des Posträubers Johann Hein. Wir entnehmen daher unserem Düsseldorfer Bruderblatt folgenden Bericht ihres nach Gerresheim entsandten Berichterstatters.

Die Familie Hein ist streng katholisch. Johann, der am 9. August 1902 geboren wurde, besuchte regelmäßig die katholische Volksschule in Gerresheim. In der Schule hat er nie zu klagen Anlaß gegeben. Als Beweis dienen seine Schulzeugnisse. In den acht Schuljahren lautet das Prädikat für Beiträge immer „Gut“ oder „Recht gut“.

Aus der Schule entlassen, wurde Johann Horizontal- und Vertikalbohrer. Auf jeder Arbeitsstelle blieb er eineinhalb bis zwei Jahre. Bei der letzten Firma in Düsseldorf war er schon längere Zeit beschäftigt, als er Ende 1925 ein Opfer der kapitalistischen Nationalisierung wurde. „Wegen Arbeitsmangel“ wurde Johann Hein entlassen.

Von diesem Zeitpunkt hatte Hein sich noch nichts zuschulden kommen lassen. Durch die systematisch durchgeföhrte Rationalisierung in den Düsseldorfer Betrieben konnte Hein keine Arbeit mehr bekommen, und als er da von einem Freunde aus Jena die Nachricht erhielt, daß er bei Zeiss, Optische Werke, Arbeit erhalten könne, eilte er gegenüber den Eltern den Gedanken, nach Jena zu fahren. Die Mutter war mit der Abreise zunächst nicht einverstanden. Johann Hein aber erklärte: „Mutter, was soll ich machen? Dort kann ich Arbeit bekommen und hier fasse ich euch nur zur Last.“ Schließlich gab die Mutter nach.

In den Optischen Werken wurde rationalisiert und Hein flog auf die Straße. Hein teilte seinen Eltern seine Arbeitslosigkeit mit, fand aber bald daran wieder Arbeit in einer Badeanstalt.

Eine Tage später klopfte es bei der Familie Hein. Die Mutter glaubte schon, es sei der Johann, der von Jena erwartet wurde. Als sie die Tür aufmachte, stand aber ein Fremder dort. Ein Kriminalbeamter.

„Haben Sie einen Sohn Johann?“ fragte dieser barsch. Die Mutter antwortete erschrocken: „Ja, was ist denn geschehen?“ Kriminal: „Das werden Sie schon aus den Zeitungen erfahren!“

Am anderen Morgen da lasen sie es in der Zeitung: „Mörder Johann Hein aus Düsseldorf-Gerresheim erschöpft in Jena einen Polizeibeamten. Der Mörder ist flüchtig.“ Länger Zeit hörte man nichts mehr. Nur immer wieder kam die Kriminalpolizei, um nachzufragen, ob Hein bei seinen Eltern Unterschlupf gefunden habe. Dann aber kamen wieder neue Meldungen: „Posträuber Hein und Karm in Ohligs.“ Gerüchte: „Die Posträuber in Düsseldorf“, „Die Posträuber in Breslau“, „Neue Bluttaten“, und jetzt die zuletzt in Coburg. Furchtlosen und leidet die Angehörigen des Johann Hein unter den seelischen Spannungen. Jede neue Meldung bringt neue Foltern. Trotz aller Meldungen aber kann die Mutter nicht an eine Schuld ihres Sohnes glauben. Es ist ihr Sohn, der, bis er sie verließ, noch nie etwas Unrechtes getan hatte.

Wie wurde Hein zum Posträuber?

Diese Frage in abgeschwächter Form stellte ich an die Angehörigen. Ich bitte die Mutter, sich einmal an die Kinderzeit des Hein zu erinnern, ob da nicht irgend etwas vorgefallen sei. Langsam erinnert sich die Mutter und erzählt: Der Johann war zwölf Jahre alt, als er einmal erregt nach oben stürzte: „Mutter, die Polizei kommt!“ Und der kleine Junge erzählte: „Wir kamen an den Pflaumenbäumen vorbei. Die Pflaumen waren schon alle abgekommen. Nur oben im Baum hing noch eine einzige. Wir waren zu zehn und waren mit Steinen in den Baum. Plötzlich kam der Kriminalbeamte J. und schlug auf einen Schullameraden mit dem schweren Spazierstock ein. Der Schullameraden fiel ohnmächtig zu Boden.“

Der kleine Johann war empört über diese brutale Handlung und es scheint, daß dieser an und für sich unerhebliche Vorfall nicht ganz ohne Einwirkung auf die Entwicklung des Johann Hein, insbesondere auf seine fanatische Einstellung gegenüber der Polizei (die kostet & tödlich) geblieben ist. Mit großer Mühe holte ich aus

Ein neuer Pfandhausslandal

Die Berliner Polizei deckte einen neuen Pfandhausslandal auf. Es handelt sich um unrechte Machenschaften des Pfandleihers Bernhard Winter, in Firma „Winter's Concessioniertes Leihhaus“, in der Friedrichstraße 236. Bei den Polizeibehörden haben sich bisher etwa 100 Personen gemeldet, denen Winter entweder wertlose Pfandscheine verkauft, oder denen er unter Vorstiegung falscher Tatsachen größere Beträge zur Führung seines Geschäfts entlockt hat.

Winter ließ die Konzession auf seine Ehefrau übertragen und arbeitete als „Geschäftsführer“ mit einem so niedrigen Gehalt, daß alle Pfändungen fruchtlos verließen. Nach dem Ruhestand Bergmanns investierte Winter in Berliner Tageszeitungen und suchte „Spareinsagen“, die er mit 24 bis 36 v. H. zu verzinsen versprach.

Der Umsatz, den die Betrügerin Winter angenommen haben, wird von den Polizeibehörden augenscheinlich nachgeprüft.

*

Es wird höchste Zeit, daß das gesamte Pfandleihgewerbe, das von hohen Zinsen der Armen aller Arten lebt, verschwindet und staatlichen bzw. kommunalen Leihinstituten Platz macht. Bis zur Schaffung eines neuen Pfandleihgesetzes müssen die Privatleihhäuser den schärfsten Aufsicht unterworfen werden.

Erdbeben auf den Philippinen

Manila, 6. Februar. Ein heftiges zwei Minuten dauerndes Erdbeben wurde heute in der Provinz Davao auf der Insel Mindanao, einer der Philippinen-Inseln, verhüllt. Meldungen über Menschenverluste oder Sachschäden sind nicht eingelaufen.

Ein Rennstallbesitzer, der seine Pferde verbrennt

Münster, 6. Februar. Am 8. Dezember brannte auf der Telgter Rennbahn eine Parade nieder, in der 22 Pferde des Rennstallbesitzers Kontius untergebracht waren. Zehn Pferde, darunter die besten des Stalles, sowie zwei Muttertiere und zwei Fohlen, verbrannten. Die Schule wurde zunächst der Stallwache zugeschoben. Bald wurde jedoch bekannt, daß die finanzielle Lage des Rennstallbesitzers, eines Holländers, nicht erfreulich war. Es trat der Verdacht der Brandstiftung auf. Man wurde Kontius, als er sich auf dem Wege nach Holland befand, in Münster wegen Verdachts der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges verhaftet.

3 Fragen an alle Gewerkschaftskollegen

In den letzten Wochen hat die sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse durch eine Schimpfanordnung gegen die Anhänger der Opposition in den Gewerkschaften und gegen die kommunistische Presse verfügt, das Augenmerk der Arbeiter von den verhängnisvollen Auswirkungen der reformistischen Wirtschafts- und Staatspolitik abzulenken. Mit diesem Geschmäck hat die sozialdemokratische Presse lediglich zum Ausdruck gebracht, wie schwer es ihr ist, die Unterstützung der Schlichtungspolitik vor den Arbeitern zu verteidigen. Wie glauben, daß es im Interesse des proletarischen Klassenkampfes und der Gewerkschaftsbewegung liegt, besonders jetzt vor den großen Lohn- und Arbeitsmarktbewegungen in den wichtigsten Industrien, ruhig und sachlich einzige entscheidende Fragen der Kampfstrategie und Taktik in aller Offenheit zur Diskussion zu stellen. Angesichts der Ausspeisungsoffensive der Industriellen nach der Niederlage der Hüttenarbeiter, nach dem Verbot der Streikunterstützung durch das Reichsgericht in Dresden und der Unterstützung der kapitalistischen Schlichtungspolitik durch die reformistischen Gewerkschaftsvertretungen muß sich jeder Arbeiter die Frage stellen: In welcher Weise muß die Gewerkschaftspolitik geändert werden, damit gegenüber den Angreifern der Industriellen und der Bürgerblockregierung die ehemaligen Arbeitersforderungen durchgesetzt werden können?

1. Sind Kampfbündnisse notwendig?

Der Kampf der Hüttenarbeiter für Achtstundentag und Lohn erhöhung war zweifellos von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung oder Schwächung der Macht des Trustkapitals. Die Gewerkschaftsopposition hatte demzufolge gefordert, daß zum 2. Januar auch das Arbeitszeitabkommen im Vergleich gelöscht wird, damit die Arbeiter der entscheidenden Industrieverbünden gemeinsam und dadurch mit größerem Erfolg die Forderungen erlämpfen können. Von den Vertretern des DGB wurde demgegenüber erklärt, daß zuerst die Hüttenarbeiterbewegung durchgeführt werden müsse, und dann auf die Bewegung im Bergbau eingeleitet werden sollte. Dem geschlossen und einheitlich aufstrebenden Trustkapital wurde also eine zerplasterte Front gegenübergestellt. Es wird jedem Arbeiter einleuchten, daß eine Niederlage der Hüttenarbeiter den Kampf der Bergarbeiter ungeheuer erschwert, wenn nicht überhaupt unmöglich macht. Das Ergebnis dieser Kriegsplanstrategie der Reformisten war auch entsprechend. 57 stündige Arbeitszeit für die Mehrheit der Arbeiter in der Großindustrie, zwei Prozent Lohn erhöhung. Aber es kam noch schlimmer. Nachdem sich die reformistischen Führer freiwillig den Anweisungen der Bürgerblockregierung gefügt hatten, sabotierten die Industriellen sogar den Achtstundentakt und der Arbeitsminister Brauns gab seine Zustimmung zur Heraussetzung des Achtstundentages für achtzehn Betriebsteile.

Die reformistischen Führer hatten die ganze Zeit ihren Blick zum Reichsarbeitersministerium, auf die Schlichtungsquillotie gerichtet, sie sahen den Kampf von Anfang an sabotiert, weil sie die "Wirtschaft" nicht erschüttern wollten. Die großen Strategen vom DMS und DGB glaubten, daß ohne Erhöhung der ökonomischen und politischen Macht des Trustkapitals die Arbeitersforderungen durchgesetzt werden könnten. Der Kampf in der Hüttenindustrie lehrt, daß die Industriellen zur Sichtung ihrer Interessen alle Mittel einzusetzen, auch wenn darunter vorübergehend Teile der sozialistischen Wirtschaft etwas erschüttert werden; die demokratischen Illusionen überlassen sie den Reformisten. Die bürgerlich-demokratischen Illusionen sind für die Arbeiter da, mögen die Arbeiter auf die Wunder des sozialdemokratischen Einigungskomitees Hoffnungen legen. Je mehr Illusionen die Arbeiter über Parlamentarismus, Büroratsdemokratie usw. haben, um so leichter ist es, sie zu betrügen, um so eher ist es der Bourgeoisie möglich, mit Hilfe ihres Staatsapparates die Arbeiter an der Erklärung ihrer Forderungen zu hindern.

Der Abschluß zahlreicher Tarife der wichtigsten Industriegruppen in den nächsten Monaten, sowie die zwischenstaatlichen Lohnforderungen der Arbeiter einzelner Industriezweige zeigen die Arbeiter, die Lehre aus der Hüttenarbeiterbewegung zu ziehen und sich darüber klar zu werden, daß der direkte Kontakt des Trustkapitals des Kampfbündnis der Gewerkschaften der wichtigsten Industriezweige und die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse entgegengestellt werden müssen.

2. Soll der Kampf um den Achtstundentag geführt werden, auch wenn die Schlichtungsmäßigung der Bürgerblockregierung das verbietet? Nach Aufzähnung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer ist im Arbeitszeitgesetz "in der Regel der Achtstundentag" festgelegt. Die Hüttenarbeiter der mitteldeutschen Stahlwerke sind der Meinung, daß trotz des Scheiterns in der Hüttenindustrie "in der Regel" nicht länger als acht Stunden gearbeitet werden darf und haben deshalb noch zehn Stunden den Betrieb verlassen. Darüber herrschte große Unruhe in der Presse der Schwerindustrie und im Arbeitsministerium. Die Arbeiter haben den "Arbeitsstreit" verloren, sie kämpften gegen die "Staatsautorität", nun müsse die Gewerkschaften im Interesse der Staatsautorität zwingen, den Scheitersatz durchzuführen und die Unterstellung des Arbeitszeitkampfes durch die Gewerkschaften verbieten, so besteht die These der Schwerindustrie. Sind das nicht dieselben Argumente, mit denen die sozialdemokratische Presse die Hüttenarbeiter am Kampf hinderte? Schrieb nicht der "Vorwärts" am 4. Dezember:

"Was geschieht die Regierung zu tun, um die Erhöhung des Staatswillens auch den Unternehmen gegenüber durchzusetzen und die Durchführung ihrer Verordnung vom 16. Juli 1927 zu schaffen?"

Und schrieb nicht die sozialdemokratische Einer "Vorwärts" am 13. Dezember:

"Zu gut gilt es, bei den Schlichtungsverhandlungen auf der Basis der Entscheidung des Reichsarbeitersministers in der Arbeitszeitfrage den Hüttenarbeiter durch einen menschenwürdigen Lohn zu köpfen, und den Anschlag auf Wirtschaft, Volk und Staat, den sich die Eigentümer mit der Entlastungsdrohung erlaubt haben, abzuwehren."

Die "menschenwürdige" Lösungslage bestieg heute auf 2 Prozent, ein gewaltiger Erfolg der reformistischen Schlichtungspolitik. Im Interesse des Schutzes der heiligen Güter der "Wirtschaft", des "Kolles" und des "Siones" haben die Reaktionisten die Hüttenarbeiterbewegung vertraten und nun in Atem mit dem Arbeitsminister des Bürgerblocks die Arbeiter gezwungen, sich dem Scheitersatzspruch zu fügen. Dafür einten sie jetzt ebenfalls den Hahn der Industriellen. Die Großindustrie verlangt von den Gewerkschaften im Interesse des Arbeitnehmers und der Staatsautorität die Durchführung des Schlichtungskampfes, das heißt Maßnahmen gegen jene Arbeiter, die es entsprechend den gewerkschaftlichen Grundsätzen ablehnen, länger als acht Stunden zu arbeiten. Als die Arbeiter der mitteldeutschen Stahlwerke in Görlitz erklärten, wir treten auf den Scheitersatz des Bürgerblocksystems, da wurde die von den Sozialdemokraten verherrlichte "Staatsautorität" des Hindenburgspruchs vom Kapitalismus in Bewegung gebracht, das Bürgerblock in Dresden setzt dem DGB die Unterstüzung des Kampfes der Hüttenarbeiter im Namen der "Wirtschaft, des Kolles und des Siones".

Die Abwürfung des Kampfes in der Hüttenindustrie durch die Reformisten im Interesse der "politischen Ordnung des Staates" und der "Staatsautorität" und die Tätigkeit dieser Staatsautorität in Form des Verbotes der Streikunterstützung durch das Dresdner Arbeitsgericht muß jeden Arbeiter zur Beantwortung der Frage veranlassen: Ist es im Interesse der Arbeiterklasse, zum Nutzen der "politischen Ordnung" und Gelehrung dieser Hindenburgrepublik, auf den Kampf um Achtstundentag und Lohn erhöhung zu verzichten, oder fordert es das Lebensinteresse des Proletariats, den Kampf um Achtstundentag und Lohn erhöhung zu führen, die Stärkung der politischen Macht des Bürgerblocks zu verhindern, die "politische Ordnung" dieses Hunger- und Suchthausstaates zu erschüttern und zu beteiligen im Interesse der Durchsetzung der Arbeitersforderungen und der Überwindung der Lohnslaverie überhaupt?

3. Wem dient das Schlichtungssystem?

Die Mehrheit der Arbeiterklasse will zweifellos nicht nur die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sondern die Befreiung der kapitalistischen von Hölle, die Befreiung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie. Es muß selbstverständlich sein, daß, wer die Bourgeoisie stützen will, nicht gleichzeitig die Festigung der ökonomischen Macht der Bourgeoisie durch Unterstüzung der Nationalisierung u. s. w. fordert. Entweder nehmen die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterklasse wahr und kämpfen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Produktionskosten in der deutschen Industrie, oder sie sind der Meinung, daß eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter abhängig ist von der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Im letzteren Falle dürfen sie die Interessen der Arbeiterklasse nur soweit wahrnehmen, wie dadurch die "Wirtschaft" insgesamt keinen schweren Schaden erleidet. In diesem Falle würden also nicht nur die Kapitalisten, die über die Produktionsmittel verfügen, die die Wirtschaft beherrschen, die Interessen ihrer Wirtschaft wahrnehmen, sondern auch die Gewerkschaften. Während die Unternehmer ausschließlich entsprechend ihren Klasseninteressen handeln, versuchen die Gewerkschaften unter der Bezeichnung "Vertretung der Interessen der Wirtschaft" die Klasseninteressen der Bourgeoisie wahrzunehmen und zugleich bis zu einem gewissen Grade die Interessen der Arbeiterschaft. Dieser Bericht auf die einschlägige Wahlung der Klasseninteressen der Arbeiter kommt darin zum Ausdruck, daß Hilferding auf dem kleinen Parteitag unter Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer erklärte, daß die Gewerkschaften die Aufgabe der "Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft" haben. Die Gewerkschaften also sollen nicht Klassensorgane des Proletariats, sondern Organe der kapitalistischen Wirtschaft sein. Von diesem Standpunkt aus ist die Verherrlichung des Schlichtungssystems der Hindenburgrepublik und die Unterordnung der reformistischen Führer unter die Schlichtungspolitik eine selbstverständliche Konsequenz. Der "Vorwärts" schrieb in diesem Sinne am 11. Januar:

"Die Aufgabe des Schlichters ist ja auch gar nicht, diese oder jene Partei reiflos zu besiegen, sondern Arbeitssiedler zu rütteln, gerechte Forderungen der Streikenden durchzuführen, und das alles möglichst schnell, um sonst unausbleiblich schwere Schädigungen für die Werkstätigen und die Allgemeinheit zu erzielen."

Die Schlichtungsorgane des Bürgerblocks haben also nur die Aufgabe, gerechte Forderungen der Streikenden durchzuführen; demnach wären die Forderungen auf Durchführung des Achtstundentages, die mit Hilfe der Schlichtungsquillotie verhindert wurden, keine gerechten Forderungen. Welche Forderungen gerecht sind, das bestimmt der Bürgerblockführer. Clemens Döppel, ein Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB, verdeutlicht in folgender begeisterter Weise das Schlichtungssystem des Staatsapparates des Trustkapitals:

"Um alle Kämpfende zu zusammenschließen, ist darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die Behörden würden mit Hilfe des Schlichtungswesens einleitig gegen die Arbeiterinteressen Stellung nehmen, nicht beweisbar wäre."

An anderer Stelle heißt es:

"Indessen darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbündete Unterstützung vor Schiedssprüchen sich als eine Zwangserziehung der Unternehmer zum Kollektivismus auswirken kann."

Diese Neuerungen zeigen, wie weit die Verbürgerlichung der reformistischen Gewerkschaftsführer schon fortgeschritten ist. Diese "Führer" sind schon so weit zu Vertreten der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft geworden, daß sie überzeugt sind, die Schlichtungsmaschine des Trustkapitals nehme nicht einmütig gegen die Arbeitersinteressen Stellung. Der 2-Bieming-Schiedsspruch in der Hüttenindustrie, der 2-Bieming-Schiedsspruch in der Sachsenischen Metallindustrie, der Vorschlag des Schlichters auf 3 Biennius Lohn erhöhung in Niedersachsen und in Sachsen jedoch zur Genüge, daß das Schlichtungssystem ausschließlich den Interessen der Unternehmer dient.

1923. Ortsausschusssitzung in Jauer

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

In der letzten Sitzung des ADGB-Jauer stand als erster Punkt der Beratung der Kollegen Masius-Breslau: "Das Koalitionsrecht." Die Schilderung des Koalitionsrechtes in der Vorberichtszeit durch den Kollegen Masius war eindeutig, im weiteren Verlauf des Vorberichtes zeigte sich der Reformismus unserer Gewerkschaftsführer jedoch deutlich! Seit 1918, schrieb Kollege Masius weiter aus, ist Sachsenland das "freie Land der Welt". Das Koalitionsrecht ist in der Verfassung vermerkt! Das Vereinigungsrecht zur Erlangung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen ist für alle Berufe gesetzlich! Daraus, daß dieser Satz nur auf dem Papier steht, waro Einschlußpreis (Schließgutachten der Streikklasse usw.), von den ungeheuren Brüderhausbeteilungen gegen revolutionäre Arbeiter, von den 15.000 Gewerbetieren in dem "freien Land" voneinander Kollege Masius erstaunt nicht! Wenn Kollege Masius weiter ausführte, die freien Gewerkschaften sind zu einem Wirtschaftsraum geworden, ohne diejenigen nicht Rechte unterzuordnen werden, so zeigt uns die immer mehr am sich greifende Verelendung der verletzlichen Massen, wie diese Position seitens der Führer des ADGB im Interesse der Arbeiterschaft ausgenutzt wird. Deshalb rufen auch wir mit Biennius: Hierin in die Gewerkschaften! aber mit dem Biennius startet die Reihen der Opposition!

Wie kann berichtet, war der Bezirkselektor Kollege Bierlich-Breslau, vor einiger Zeit in Jauer, mit dem Vorstand des hiesigen Gewerkschaftsraumes die örtlich gewünschte Gruppe eines Gewerkschaftsraumes zu besprechen. Das Ergebnis der Besprechung war, daß seitens des Bezirks in dieser Sache so lange nichts getan werden kann, als nicht Jauer einen Grundpreis in Höhe von ungefähr 6000 Mark erzielen kann, um die Gewerbetiere usw. zu deinden! — Um diesen Zweck in möglichster Zeit zu erreichen, bemüht der Vorstand des Gewerkschaftsraumes: 1. Der Vorstand soll zum 1. April 1924 in Höhe von 50 Pf. und 1 Mark herauf. 2. Die Gewerkschaften verzögern sich bis 31. August 1923 das Mitglied für drei Mark Vermögen abzunehmen. So dem Ortsausschuß nahezu

1800 Organisierte angehören sind, ergäbe sich eine Summe von 4500 Mark, doch wird vom Vorstand, der wohl etwas optimistisch veranlagt ist, durch Verlauf der Baustelle an Fernsprechende usw. eine Summe von 8000 bis 9000 Mark erwartet! Der Antrag des Vorstandes wurde bei einer Stimmenabstimmung angenommen.

Über die Erwerbslosigkeit sprach Kollege Scholz: Die Erwerbslosigkeit ist auch in diesem Jahre groß. Die Erwerbslosen sind durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz etwas besser gestellt als jahrvor. Die Aussichten auf Besserung des Arbeitsmarktes sind trübe. Nochstandarbeiten können kaum durchgeführt werden, da es den Gemeinden fast unmöglich gemacht ist, Anteile auszunehmen. Außer einer geringen Zahl kann nicht gedacht werden, da die Regierung dem Kreis Jauer heute noch 78.000 Mark Bünduk schuldet. Zur Ausführung kommt die Pfisterung der zweiten Hälfte der Dorfstraße in Alt-Jauer, vielleicht noch die Straße Herzogswaldbach-Holzhaus. Der von zahlreichen Arbeitslosen erhoffte Bau des Staudenbaus in Bremerberg dürfte noch längere Zeit auf sich warten lassen, da die Vorarbeiten noch lange nicht erledigt sind. (Inzwischen ist das Projekt an eine Berliner Firma vergeben worden.) Der Kollege Scholz wurde beauftragt, sich für den Ausbau der Straße Sederwitz-Holzhaus einzusehen, die täglich von mehreren hundert Radfahrern (Steinarbeiter) benutzt wird, sich in einem Zusammenspiel mit dem Schleicherer stattfinden, zu welcher die Arbeitslosen in großer Zahl erschienen waren. D. B.) — Nach Bekanntgabe des Kassenberichtes aus welchem hervorging, daß dem Ortsausschuß des ADGB Jauer 1468 Mitglieder angehören, wurde die Sitzung um 12.30 Uhr geschlossen.

Regelung der Erwerbslosenunterstützung ab 1. Januar

In dem am Sonnabend zu dieser Frage veröffentlichten Artikel sind mehrere Fehler enthalten. Richtig muß es heißen: Die Unterstützungen in den Klassen 5 und 6 beträgt 40 Prozent (nicht 47 Prozent) des Einheitslohnes. Nach den gesetzlichen Beschlüssen kommen zur Auszahlung: In der Klasse 2 bei drei Kindern 9,80 (nicht 9,90) Mark. In den Klassen 5, 6, 7 und 8 nicht wie es im Sonnabendartikel angegeben war, sondern:

Klasse	Lebendig	verh.	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
V	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
VI	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
VII	14,85	16,60	18,55	20,50	22,45	24,40
VIII	15,75	18,—	20,25	22,50	24,75	27,—

Die Vorleger Maschinisten und Heizer hielten am 4. Februar die Mitgliederversammlung bei Rama ab. Nach Verlesen der Niederschrift wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Sie ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Kollege Golla gab den Kartellbericht. Der Kassierbericht wurde von den Kollegen mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Über den Bericht zur Ausstellung des Geschäftsnachweises Brieg, Herrn Rohr, entspannte sich eine rege Debatte, und eine Abstimmung über die Befreiung der Gewerkschaften einer Klasse aus der Gewerkschaftsversammlung eintrat. Der Vorstand schloß die Versammlung ab. Der Delegierte beauftragt, im Ortsausschuß den Antrag zu stellen, den Arbeitsausschuss in die Sitzung des ADGB zu laden. Weiter wurde über die Veranstaltungen des Bildungsausschusses berichtet, über die Feste der Märzgefallenen und über die Einweihung des Ebertgedenktafels am 25. März. Unter Punkt Eingang wurde zur Begeisterung nach Breslau eingeladen und hierzu der Vorsitzende als Delegierter gewählt. Unter Verschlieben wurde ein Antrag eines früheren Kollegen um Wiederaufnahme in die Gewerkschaft eingebracht, abgelehnt, dagegen ein zweites Gesuch eines früheren Kollegen um Wiederaufnahme angenommen; weiter wurde ein Antrag angenommen, die Versammlungsberichte in der "Vollzeitung" zu veröffentlichen.

Die Generalversammlung des ADGB-Ortsausschusses Riesa fand am 2. Februar statt. Der Kauf des Hirschelchen Grundstückes wurde auf spätere Zeit verschoben. Mit Renovierung und Einrichtung usw. würde die hohe Summe von 65.000 Mark herauskommen, die ausgegeben werden müßte. Auf billigeres Geld mit unnehmbarem Risiko ist nicht zu rechnen. Für die EWS wurden laut Antrag 10 Mark für die Fahrtfahrt nach Liegnitz zu einer Zusammenkunft bei Ettingenenthaler bewilligt. Zur Erwerbung des zur Versteigerung kommenden Grundstückes wurde (12 Morgen), das an den Gewerkschaftsplatz grenzt, wurden zwei Kollegen bestimmt. Es können Gewerkschaftskollegen dadurch Baugrundstücke ohne Spekulation erhalten. Der Jahresbericht des Koll. Zappay enthielt zum Schlus weiters nichts als: "Wir können zufrieden sein!" Im Reiche erreichten die Gewerkschaften die Stärke von fünf Millionen Mitgliedern. Im Orte selbst ist ebenfalls von Quartal zu Quartal ein Steigen zu verzeichnen. Da es gerade die Opposition war, die manchen Kollegen in die Gewerkschaft brachte, wurde nicht gesagt. Zufriedenheit über den "Sieg" im Waggon- und Maschinenbau? Trotz Streik 3-5 Pfg. das Jahr? Dieser "Sieg" ist den meisten Kollegen durch gefürchteten Aftordnung doppelt genommen. Kollege Eh hatte vollständig Recht, als er sagte: „Kämpft alle so, wie jetzt die Kollegen in Mitteldeutschland, schafft wirkliche Kampfsorganisationen, dann können wir vielleicht nächstes Jahr „ein wenig“ aufzutreten sein.“ In der darauffolgenden Vorstandswahl gelang es der kleinen Opposition doch, den Kollegen Rohr in den Vorstand zu bringen. Man könnte sehen, wie ein Teil guter SPD-Kollegen für die Gewerkschaftseinheit ist, während der andere nicht über seine Vorurtheile hinwegkommt. Der neue Vorsitzende ist Kollege Brüder.

Jahresversammlung der Rauschener Fabrikarbeiter. Am Sonntag tagte in Tiefenau die Generalversammlung der Bezirkzahlstelle Rauschen des Fabrikarbeiterverbandes des Bezirksteils "Ferromischer Bund". Der Bezirksschäfer Koll-Paul Vogt gab den Jahresbericht. Er machte die geschwächte Mitgliederzahl und die Erhöhung der Kosten für die vorjährigen langfristigen Tarifverträge verantwortlich, gab den Delegierten über die Hoffnung, daß es in diesem Jahre bei langfristigen Tarifabschlüssen auch noch sein Geweniden haben werde. Wie glauben aber, daß die Arbeiter wohl auch ein gewichtiges Wörtchen mitsprechen werden. Wir werden jedenfalls nicht versäumen, immer wieder die Kollegen aufzufordern, langfristige Abmachungen abzulehnen und für ihre berechtigten Forderungen mit allen Kampfmitteln sich einzusehen. Die Kasse schließt mit 131.287,23 M. Einnahme und Ausgabe für das Jahr 1927 ab, die Volllastfeie mit 54.749,63 M. Unter Punkt 2 wurde dann die Übernahme eines Gebietes (Kunzendorf und Ilmenau) in den Bereich des Bezirksteils behandelt. Das Gebiet gehörte zum Sorauer Bezirk. Es sollen an entstandenen Unlösen an die Bezirkverwaltung Sorau 800 Mark erstattet werden. Zu Kassenreden wurden drei Kollegen, aus den größten Ortsgruppen je einer, gewählt. Unter Anträgen der Zahlstellen wurde den Zahlstellen je 10 Prozent zur eigenen Verwendung gewährt außer Rauschen, da dort der Sitz der Bezirkzahlstellenverwaltung ist. Ein Antrag Freital und Wiesau fordert, den Delegierten zum Beratungstag in Hamburg den Antrag auf Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung aufzugeben. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. (Dann kann ja durch den Bürgerblock der Sozialstaat noch etwas beschritten werden, wenn diese Errichtungen von allen Gewerkschaften durchgeführt werden.) Ein angenommener Antrag gibt der Ortsgruppenleitung Rauschen das Recht auf Geschäftsräum

Breslau

Maslenball

Von Rudi.

Die Pfannluchenzzeit naht, schöne, runde, braune, gläserne, gefüllte, in Schmalz oder Pferdefett gebadete Pfannluchen. Es ist zwar noch nicht festgestellt, ob dieses Gebäck auf den Geist einer großen Anzahl Menschen wunderliche Wirkung ausübt, aber weil gerade in der Zeit der Pfannluchen viele Menschen in Masken sich gesellen, fallen wir diese Diagnose: Pfannluchen die Ursache — Maskenball die Wirkung.

Den Maskenteilnehmern eröffnen gewöhnlich die sogenannten Gesellschaftssäle und Läden. Höhepunkt des Ganzen ist das „Presser“ unter Hunderten von Lichtern tanzen, laufen, schwitzen, rauchen Typen menschlicher Produktion, die sonst Galläpfelast in bürgerlichen Massenshöfen auf Gebot Gott „Hugenbergs“ verarbeiten.

Selbststropfen knallen, Wein fließt in Gruben, sogar Kaffee wird getrunken. Schnaps, Bier aus Kübeln gegossen, gelöst, gelöst, sich gegenseitig vollgelöst; schade, daß das Gehirn nicht im Magen ist, alle Gärtnerei hätten Dünge für ihre Mistbeutlästen.

Kleine Nachwehen dieses Festes sind dann die „einfachen“ Maskenbälle. Wenn auch an diesen Feste nicht so gesoffen und gelöst wird wie bei den „vornehmsten Feste“, so gilt es, dem Proletariat zu zeigen, daß diese Art Veranstaltungen dazu angelegt ist, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmer über ihre schlechte Lage hinwegzutäuschen. Der „Genuß“ dieser Abende, wie ich mancher ausgedrückt pflege, ist ein Produkt bürgerlicher Ideologie, und diese Produkte zu bekämpfen sollte die Arbeit eines jeden klassenbewußten Arbeiters sein.

Sollten Arbeitervereine ähnliche Feste abhalten, achtet auf die Tendenz. Ein harmloser Lumpenball in einem Arbeiter-Sportverein im vorigen Jahre ließ sich sowohl „herab“, als er die Preise bereitete, die ersten zwei Preisen zu geben, die in „Oberschwung“ erschienen waren. Das hat uns gefreut. — Prämieren werden stets die größten Lumpen.

Ein fruchtbares Zeitbild

Am Montag wurden in einer Wohnung des Hauses Böpelswylstraße 25 ein 48-jähriger Arbeitsloser und eine bei ihm wohnende schwer kranke 44-jährige Blinde bewußtlos aufgefunden. Ein hinzugerausener Arzt stellte eine Gasvergiftung fest. Es handelte sich um einen aus Verzweiflung geborenen Selbstmordversuch. Der Mann wurde in Schutzhaft genommen und die Blinde in ein Krankenhaus geschafft.

Dieser Selbstmordversuch ist eine sichtbare Anklage gegen unsere Wohlfahrtspflege. Diese versteht es nicht, dort, wo wirklich dringende und sofortige Hilfe notwendig ist, alle kleinen Bedenken beiseite zu lassen und sofort zu helfen. Sie verschont sich hinter Paragraphen und teilt bereits verzweifelnden Menschen mit, daß auf Grund dieser oder jener Bestimmung nur das und das gemacht werden kann. In den letzten Jahren hat sich keine Besserung gezeigt. Im Gegenteil: immer deutlicher ist die unheldvolle Schematisierung durchgebrungen und hat so manchen, dem noch zu helfen gewesen wäre, in den Tod getrieben.

Die „Landesverrat“-Gemeinde

Die Prozesse wegen „Landesverrat“ nehmen kein Ende. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt das Oberlandesgericht gegen den Gärtner David wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Der Angeklagte war im Jahre 1924 als zwanzigjähriger beim Reiterregiment in Oels. Nach kurzer Zeit rückte er aus und kam in voller Uniform nach Polen. Hier wurde er zunächst in Haft behalten; dann arbeitete er als Gärtner. Es gestellte ihm aber nicht in Polen und so kam er wieder nach Deutschland zurück und stellte sich der Polizei. Wegen Fahnenflucht wurde er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ (?) wurde gegen David auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis erkannt. Was kann ein Mensch, der ein paar Tage bei der Reichswehr ist, überhaupt für „Geheimnisse“ wissen, um sie zu verraten?

Wieder ein Dekeneinbruch in ein Pelzgeschäft. In der Nacht zum Montag wurde in das Pelzhaus Knothe, Albrechtsstraße 33, eingebrochen. Die Täter drangen in ein im ersten Stock gelegenes Möbelmagazin ein und durchbohrten dann die Decke zu dem im Erdgeschoss befindlichen Pelzgeschäft. Am ganzen fielen ihnen Pelze im Wert von 4370 Mark in die Hände.

Eine Kindesleiche weiblichen Geschlechts wurde in Zeitungspapier verpackt auf einem Schneehausen am Anger, Ecke Eichborndamm, aufgefunden.

Zur Absicherung in der Sternschanze. Ein Arbeiter schreibt uns: Da ich am 1. Februar meine Sonderhilfe im Empfang nehmen mußte, begab ich mich gegen 8 Uhr zur Sternschanze. Die Zeit zum Abholen des Geldes ist von 8.30 Uhr bis 9.15 Uhr festgesetzt. Um 8.30 Uhr gab ich meine Karte ab. Endlich um 10.30 Uhr hatte ich meine Zahlkarte in der Hand. Sollte es der Verwaltung nicht möglich sein, so viel Beamte einzustellen, daß der Erwerbslose innerhalb einer halben Stunde, spätestens aber in einer Stunde, abgefertigt wird?

Die Tätigkeit der städtischen Volksberatungsstelle. Die städtische Volksberatungsstelle im Rathaus, Erdgeschoss Zimmer 7, ist im Monat Januar 1928 von 2670 Personen, und zwar 1433 Männern und 1237 Frauen, besucht worden. Die Auskünfte betrafen: Arbeiterversicherung 106, Angestelltenversicherung 10, Arbeits- und Dienstvertrag 123, Bürgerliches Recht 1436, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 108, Strafrecht 146, Privatrecht 29, Handels- u. Gewerbejachen 20, Verschiedenes 12, städtische Angelegenheiten verschiedener Art 678. Außerdem sind 107 Schriftsätze angefordert und 87 fernmündliche Auskünfte gegeben worden. Die kostenlosen Beratungen erfolgen werktäglich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr.

Arbeiter-Sportkartei. Heute Mittwoch 20 Uhr Kartell-Generalversammlung im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses. An dieser wichtigen Versammlung nehmen teil: die alten Delegierten des Jahres 1927, welche ihre Delegiertenkarten abzugeben haben, die neuen Delegierten für das Jahr 1928 und die technischen Leiter aller Kartellvereine.

An alle Zeitungsleser, Sympathisierende und Parteigenossen in Breslau!

Am Freitag 20 Uhr Versammlung bei Hoffmann (kleiner Saal), Böpelswylstraße 19. Tagesordnung: 1. Die Entwicklung der „Arbeiter-Zeitung“ von Schottländer bis heute. 2. Freie Aussprache. Referent: Genosse Domrowski.

Verbandsversammlung des AZPD. Sämtlich Donnerstag wegen Holz-Kundgebung aus.

Mittelschlesien

Brieg, 16 Pfennige Stunden, 3,50 Mark Wochenlohn. Vor einigen Tagen wurden an die Firma Strauß, Metzgerei, hier, einige 18-21-Jährige als Arbeiter vermittelt. Bei der Firma wurde ihnen ein Stundenlohn von 0,16 bis 0,19 Mark.

Tendenzprozeß gegen einen Fernsprechteilnehmer

Der jüdische Angeklagte soll als unzurechnungsfähig erklärt werden

Breslau, 8. Februar.

Vorgestern vormittag begann vor dem Schöffengericht ein außerordentlich interessanter Prozeß. Angeklagt ist der Kaufmann Leo Lippmann sen. hat der Oberpostdirektion in einer Reihe von Fällen nachgewiesen, daß zuletzt an Gebühren eingezogen wurden. Besprache, die nur 5 Minuten dauerten, habe man mit 10 Minuten in Rechnung gebracht und durch Streitungen verhinderte die Beleidigung, ebenfalls berechnet. Die Oberpostdirektion mußte die Reklamation selbst anerkennen und habe damit ihre Schuld eingestanden. Bei dem Prozeß steht auch noch eine Rechtfertigung des Postbeamten Walther mit, die dieser bestreitet. (Was soll der Beleidigungsschaden sein?) Die Rötigung soll darin bestanden haben, daß Lippmann gedacht hätte, die ganze Angelegenheit einem Metzger abzugeben, um sich gegen die Oberpostdirektion zu wehren.

In dem vorliegenden Fall wird behauptet, Lippmann habe versucht, die Post

um die Gebühren von 5 Telephongesprächen, im ganzen noch nicht 10 Mark

zu betrügen. Diese Behauptung ist schon im Hinblick auf die Telephongebühren der Firma Lippmann, an denen sie innerhalb von 4 Jahren 13 337 Mark entrichtete, recht wenig glaubhaft. Zum Verständnis kommt einem aber erst die ganze Angelegenheit, wenn man die näheren Umstände erfährt. Danach handelt es sich um einen Tendenzprozeß mit antisemitischem Hintergrund, der offenbar von böhmischen Kreisen in der Oberpostdirektion angestrengt wurde. (In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß seit langer Zeit die Drucksachen der Oberpostdirektion in der hiesigen böhmischen Druckerei hergestellt werden, und daß gewisse Kreisgruppen ebenfalls aus rein antisemitischen Gründen von höheren Postbeamten geschürzt werden.) Wie offen in diesem Prozeß die Judenfeindschaft mitspielt, geht aus der seinerzeit von uns mitgeteilten Randsicherung des böhmischen Staatsanwalts Speer hervor, die dieser in den Lippmannschen Akten anbrachte. Sie lautete:

Erhebliche Strafe am Platze, geschäftsähnliche Betrüger,
„halten den Dieb.“

Vor Gericht erklärten die Angeklagten, der Prozeß hätte nur Nachahmung als Grundlage. Die Post wolle mit ihm einen von den

Landeskonferenz der Erwerbslosen

am Sonnabend, den 11. Februar 1928, nachmittags 1.30 Uhr, und Sonntag, den 12. Februar 1928, vormittags 10 Uhr, in Breslau, Hotel von Steiner, Kreuzstraße, Ecke Sternschanze.

Tagesordnung der Konferenz:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Aussichten für die Erwerbslosen.
Referent: Reichstagsabgeordneter Radel.
2. Die Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.
Referent: Vertreter des Reichsausschusses der Erwerbslosen.
3. Bericht des Landesausschusses der Erwerbslosen.
4. Anträge und Wahlen.

Delegationsmodus:

- Breslau: auf je 3000 Erwerbslose ein Delegierter.
Provinz: a) für Orte bis zu 1000 Erwerbslosen: bis zu 300 Erwerbslosen ein Delegierter; für jede weiteren 300 Erwerbslosen ein weiterer Delegierter.
b) für Orte mit über 1000 Erwerbslosen: für je 400 Erwerbslose ein Delegierter, bis zur Höchstzahl von fünf Delegierten.

Bei mehr als zwei Delegierten sollen sich unter den weiteren Delegierten Vertreter der Frauen, der Jugendlichen, eventuell der Angehörigen befinden. Postamtarbeiter sind berechtigt, einen eigenen Vertreter zu entsenden.

Letzte Anweisungen für die Delegierten.
Diejenigen Orte, welche bisher noch keine Delegierten gemeldet haben, haben dies umgehend zu tun, da sonst keine Nachquartiere gestellt werden können. Meldungen sind zu richten an F. Zillen, Breslau 10, Schleswerderstraße 6.

Delegiertenarten werden nicht aufgestellt, dagegen hat jeder Delegierte einen Ausweis seines Erwerbslosenausschusses mitzubringen, daß er als Delegierter gewählt worden ist.

geboten. Sie wiesen natürlich dieses Angebot zurück. Herr Strauß, der zugehört hatte, kam nun selbst dazu und sagte zu den Arbeitern: „Leute, das Vaterland ist in Not, da müßt ihr schon billiger arbeiten, wenn es nicht ganz zugrunde gehen soll.“ Die Arbeiter wollten aber davon nichts wissen. Da zog Herr Strauß andere Seiten auf. Er machte die Arbeiter darauf aufmerksam, daß, falls sie die Arbeit zu diesem Lohn nicht annehmen, er dem Arbeitsamt mitteilen müsse, daß sie die Arbeit derweigert hätten und ihnen demnach die Unterstützung entzogen werde. Notgedrungen mußten die Arbeiter diese Beschäftigung zu den miserablen Löhnen annehmen. (Das ist doch wirklich Elendsernst!) Bei derselben Firma sind Frauen mit dem Schalen von Weiden beschäftigt, die mit dem „horrenden“ Wochenlohn von 3,50 Mark nach Hause gehen. Andere Frauen, die mit drei und vier Kindern schon jahrelang bei dieser noblen Firma arbeiten, haben einen Wochenlohn von ungefähr 12 Mark. Ob Herr Strauß mit dieser Summe auskommen würde?

Münsterberg. Der Wohnungskandal geht weiter. Unsere Veröffentlichungen über den Skandal in der Herberge sind den Münsterberger Polizeigewaltigen darunter auf die Nerven gefallen, daß sie sofort sich zu Frau Langen begaben, um in einem Protokoll festzustellen, daß diese sehr zufrieden mit den idyllischen Zuständen in der Herberge ist. Frau Langen hat in ihrer Ratskammer das Protokoll unterschrieben. Man kennt ja die Methoden der Beeinflussung und Einschüchterung, denen Rechtsunkundige größtenteils unterliegen. Auch der Bürgermeister sieht sich genötigt, sich in die „Neuesten Nachrichten“ zu flüchten und dort seine Verwaltung gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie trotz des Wohnungsmangels der Aufhebung der Zwangswirtschaft zugestimmt hat. Der Herr Bürgermeister besitzt die Fähigkeit, zu bestreiten, daß Wohnungsmangel in Münsterberg herrscht. Er konstatiert, daß es in Münsterberg 305 Wohnungssuchende und 7 Obdachlose gibt, muß aber zugeben, daß hier von einem sehr großen Teil in völlig unzulänglichen Räumen wohnen. Die Organisationen von Mietern führt der Herr Bürgermeister, der sicherlich seit seiner Zeit seines Lebens in standesgemäßem großen und behaglichen Bosp.

Angellagten angestrengten Böllprozeß, bei dem es sich um die Rückzahlung von 50 Mark zuvor erhobener Telephongebühren handelt, von vorherher erledigen. Lippmann sen. hat der Oberpostdirektion in einer Reihe von Fällen nachgewiesen, daß zuletzt an Gebühren eingezogen wurden. Besprache, die nur 5 Minuten dauerten, habe man mit 10 Minuten in Rechnung gebracht und durch Streitungen verhinderte die Beleidigung, ebenfalls berechnet. Die Oberpostdirektion mußte die Reklamation selbst anerkennen und habe damit ihre Schuld eingestanden.

Begestern vormittag begann vor dem Schöffengericht ein außerordentlich interessanter Prozeß. Angeklagt ist der Kaufmann Leo Lippmann und sein 27-jähriger Sohn Johannes Lippmann. Klägerin ist — die Oberpostdirektion. Ein ganzer Rattensturm von Anklagepunkten soll zur Verhandlung kommen: Verüchter Betrug, Beleidigung, falsche Anschuldigung, Rötigung.

Die sachliche Grundlage des Prozesses ist die Telephonbesprechungsrechnungsmethode der Oberpostdirektion. Außerordentlich zahlreich sind die Klagen der Teilnehmer. Da der Zustand immer schlimmer wurde, haben sie sich in letzter Zeit sogar zu einem Verein zusammen geschlossen, um sich gegen die Oberpostdirektion zu wehren.

In dem vorliegenden Fall wird behauptet, Lippmann habe versucht,

um die Gebühren von 5 Telephongesprächen, im ganzen noch nicht 10 Mark

zu betrügen. Diese Behauptung ist schon im Hinblick auf die Telephongebühren der Firma Lippmann, an denen sie innerhalb von 4 Jahren 13 337 Mark entrichtete, recht wenig glaubhaft.

Zum Verständnis kommt einem aber erst die ganze Angelegenheit, wenn man die näheren Umstände erfährt. Danach handelt es sich um einen Tendenzprozeß mit antisemitischem Hintergrund, der offenbar von böhmischen Kreisen in der Oberpostdirektion angestrengt wurde. (In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß seit langer Zeit die Drucksachen der Oberpostdirektion in der hiesigen böhmischen Druckerei hergestellt werden, und daß gewisse Kreisgruppen ebenfalls aus rein antisemitischen Gründen von höheren Postbeamten geschürzt werden.) Wie offen in diesem Prozeß die Judenfeindschaft mitspielt, geht aus der seinerzeit von uns mitgeteilten Randsicherung des böhmischen Staatsanwalts Speer hervor, die dieser in den Lippmannschen Akten anbrachte. Sie lautete:

für den Angeklagten gilt der § 51!

Als Gründe seiner Annahme führt er an, daß der Angeklagte die Gefahr zwar kennt, aber falsch auslegt, daß er der Randbemerkung des Staatsanwalts Speer zuviel Bedeutung beigegeben habe, und daß er — freilich um 5 Uhr aufstehe, um zu arbeiten. Wenn man diese Grunde eines Gutachtens hört, fragt man sich wirklich, ob das Argumente eines Sachverständigen sein können, so läudisch muten sie an. Der Kaufmann Lippmann blieb dem „Sachverständigen“ die Antwort natürlich nicht schuldig und behauptete, dieses Gutachten sei dem Zweck erichtet, ihn mundtot zu machen. Es wird nunmehr das Gutachten des zweiten Sachverständigen, Professors Wollenberg, abgemattet.

für den Angeklagten gilt der § 51!

Als Gründe seiner Annahme führt er an, daß der Angeklagte die Gefahr zwar kennt, aber falsch auslegt, daß er der Randbemerkung des Staatsanwalts Speer zuviel Bedeutung beigegeben habe, und daß er — freilich um 5 Uhr aufstehe, um zu arbeiten. Wenn man diese Grunde eines Gutachtens hört, fragt man sich wirklich, ob das Argumente eines Sachverständigen sein können, so läudisch muten sie an. Der Kaufmann Lippmann blieb dem „Sachverständigen“ die Antwort natürlich nicht schuldig und behauptete, dieses Gutachten sei dem Zweck erichtet, ihn mundtot zu machen. Es wird nunmehr das Gutachten des zweiten Sachverständigen, Professors Wollenberg, abgemattet.

nungen untergebracht war, auf reizantes Benehmen von Mieter ausübt und schreibt am Schlus: Die Ermittler sind durch die Polizeiverwaltung als Obdachlose untergebracht worden. Hiermit rechtfertigt der Bürgermeister die Tatfrage, daß trotz des bei uns nachgewiesenen Wohnungs- und Obdachlosenlands Münsterberg als eine Gemeinde ohne Wohnungsmangel erklärt worden ist. Die Mieten der Mieter sind nicht gewillt, diese Verschleierung des Wohnungsmangs durch amtliche Stellen und die Unterstützung der Hausbesitzer, für die Bürgerfreiheit proklamiert ist, zu dulden. Ein Massenprotest der Mieter, der Wohnunglosen muß dem Herrn Bürgermeister deutlich vor Augen führen, daß die arbeitende Bevölkerung seine Veröffentlichungen in den „Neuesten Nachrichten“ und seine Rechtfertigung der Aufhebung der Zwangswirtschaft als ein Attentat auf die Taschen der Mieter empfindet.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

- Stadtteil 2 (Nord). Mittwoch 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung bei Kommerzialschule, Trebnitzer Straße 15.
- Stadtteil 3 (West). Mittwoch 20 Uhr „Hubertusalle“ Stadtteilversammlung. Tagesordnung: Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften. Ref. Gen. Wallweber. Wie vervollständigen wir den Funktionärsapparat? Ref. Gen. Reimann. Mitteilungen. Freiburg. Donnerstag 19.30 Uhr Gesamtfunktionärsitzung (Jahresversammlung). Wichtig!

Sprottau. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus, Strehlen. Donnerstag 19 Uhr bei Wende („Stadt Breslau“) Mitgliederversammlung.

Görlitz. Freitag 20 Uhr Besserversammlung.

Kommunistischer Jugendverband

An alle Ortsgruppen des AZPD! Sofort abrechnen auf Kontos E. Rösler, Postcheckkonto Breslau 7487. Wenn bis zum 15. 2. Abrechnung nicht erfolgt, Bekanntmachung in der schwarzen Liste.

Breslau.

- Südwest. Mittwoch 19.30 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstr., öffentlicher Gruppenabend. Thema: „Kommt Max Hoelz frei?“ Gäste willkommen. Musikgruppe nimmt teil.
- Nord. Donnerstag 20 Uhr öffentlicher Gruppenabend in der Pestalozzischule, Michaelisstraße.

Görlitz. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim, Jüdenring.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

- Donnerstag Abendtreffen der gesamten Ortsgruppe am Neumarkt Abmarsch Punkt 19 Uhr.
- Ab

Niederschlesien

Görlitz

Kolonie „Grande Stadt Görlitz“ soll eine eigene Gemeinde werden. Bau von 63 Wohnungen und 10 Einfamilienhäusern.

Nachfolgend der Schluss des Stadtverordnetenberichtes: Im Punkt 12 und 13 wurden gegen Einsäumung des Wiederausrechts die Grundstücke Pestalozzistraße 30 und Johann-Sebastian-Bach-Straße 37 an Privatpersonen zum Preise von 13.500.- bzw. 31.000.- Mark verkauft. — Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde beschlossen, zur Absäumung des städtischen Grundbesitzes Görlitz-West einige Parzellen in der Gesamtgröße von 10.553 Quadratmetern zum Gesamtpreis von 13.043,50. Mark anzukaufen. Als Ertrag für das den Kleingartenverein „Mord“ wegen der Erweiterung der Bahnhofstelle Hennersdorf gefindigte Gelände an der Eisenstraße wurde dem Verein in der Nähe des Gaswerks II und östlich der Eisenbahnstraße Görlitz—Mohlsdorf eine Ackerfläche von 1,6520 Hektar auf 15 Jahre verpachtet. — Dem Pächter des Rittergutes Ober-Leopoldshain wurde eine Beihäuse von 600 Mark bewilligt zum Einbau einer Selbstströmungsanlage. Zur Ausführung von Drainagen auf den Gutslandereien von Nieder-Mohlsdorf wurden 2250 Mark bewilligt. Mit 25 gegen 11 Stimmen wurde beschlossen, eine Verbindungsstraße zwischen Trockenborsdorfer Straße (Ecke Sodenberger Straße) und Schwerinstraße zu schaffen. Da eine beginnende Notwendigkeit für den Bau dieser Straße, dessen Kosten 60.000 Mark betragen, nicht vorliegt, stimmten Kommunisten und Sozialdemokraten dagegen. Dann wurde beschlossen, dass für die Absäumung der Straßenecke Grüner Graben—Heilige-Grab-Straße nötige Gelände zum Preise von 500 Mark anzukaufen. Damit wird diese Störung, dem Verkehr hinderliche Ende verschwinden. — Zum Bau von 10 Einfamilienhäusern an der Russenstraße für Familien mit Lungenkranken wurde 110.000 Mark aus Darlehen und Anteilen bewilligt. Wegen Bedarfsmangel konnten von dem vorjährigen Hauptrahmen 150 Wohnungen nicht zur Ausführung gelangen. Da die Aussicht besteht, von der Landesversicherungsanstalt Breslau ein Darlehen von 252.000 Mark zu erhalten, wurde beschlossen, weitere 63 Wohnungen an der Russenstraße zu schaffen. — Der letzte Antrag forderte 30.500 Mark zum Ausbau der mittleren Arthur-Katz-Straße, Görlitz-West, und wurde angenommen.

In der dann folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, den Gutsbezirk Görlitzer Kommunalhöfe beziehen zu lassen. Nur einige kleine Flächen wurden den Heidegemeinden zugewiesen. Die Kolonie „Grande Stadt Görlitz“ soll nach einstimmigem Beschluss eine eigene Gemeinde bilden.

Angeschwemmte Leiche. Am Sonntag wurde in der Neiße, gegenüber der Insel, eine Leiche entdeckt. Es wurde von Vorübergehenden geborgen. Es handelt sich um eine Frau im Alter von 30 bis 40

Jahren. Die Leiche wurde nach der städtischen Leichenhalle gebracht. — In der Wohnung tot aufgefunden wurde auf der kleinen Wallstraße 12 die 90jährige Rentnerin Charlottine Anders. Der Tod ist durch Einatmen von Gas eingetreten. Angeklagt liegt ein Unfall vor.

Feuer. In den letzten vier Wochen wurde Geschwisch mehrmals vom Feuer heimgesucht. Vom Sonnabend zum Sonntag brannte das Anwesen des Wirtschaftsbetreibers Reichelt bis auf die Mauern nieder. Das Vieh konnte geborgen werden.

„Mag Hoelz und die deutsche Justiz.“ Über dieses Thema spricht am Dienstag, dem 14. Februar, 20 Uhr, im Konzerthaus die Frau von Mag. Hoelz — Traute Hoelz. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint zahlreich!

Der Penziger Brandstifter gefasst? Vor einigen Monaten wurde in Zöbel ein Müller in Haft gesetzt, der der Brandstiftung verdächtigt war. Jetzt hat der im Verdacht Stehende ein Geständnis abgelegt, sechs Brände angelegt zu haben, zwei in Groß-Kraupa, einen in Torga, einen in Pfaffendorf und zwei in Thiemendorf. Es handelt sich offenbar um einen geisteskranken Menschen. Ob er tatsächlich der Brandstifter ist, muss die Untersuchung noch ergeben.

Sprottau

Gia Kind tödlich überschlagen. Auf der Sprottauer Kunstrasse wurde die mit ihren Eltern spazierengehende fünfjährige Tochter des Haushalters Becker von einem Auto als Gubener Autobrillantentochter überschlagen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Scheunenbrand. Auf Rittergut Stolzenberg brannte die große Scheune vollständig nieder. Die Feuerwehren konnten nichts ausrichten. Es sind alle Maschinen und große Mengen Dünger verloren worden.

Glogau

Erfolgreiche Versammlung. Unsere Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes hatte am Freitag zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Der Besuch war sehr gut. Etwa 200 Personen waren erschienen. Rednerin war Genossin Hähne-Breslau, die einen Bericht über ihre Erfahrungen in Sowjetrußland. Der Vortrag, der zwei Stunden dauerte, wurde mit großer Spannung und Beifall aufgenommen. Es meisterte sich niemand zur Wort, trotzdem hier etliche Gewerkschaftsfunktionäre den Schwund des SPD-„Vollzügen“ weiter verbreiten. Wir freuen uns, daß in unserem schwarzen Glogau nun endlich etwas toter Wind weht. Etliche Aufnahmen wurden gemacht.

Blutiger Streit. Auf dem Gute in Ober-Schönfeld entstand ein Streit zwischen dem Adelskircher Fassbinder und dem Futtermann Schubbe, in dessen Verlauf Fassbinder seinem Gegner mit einer Düngergabel lebensgefährliche Verletzungen zufügte. Der Täter wurde festgenommen.

Sagan

Aus den Saganer Mühlenwerken, Nieve und Kolbitz. Wir zeigten schon an, daß wir die Arbeitsverhältnisse in den Saganer Mühlenwerken einer eingehenden Kritik unterziehen werden. Im nachfolgenden lassen wir einen dort beschäftigten Arbeiter sprechen: Ein gelernter Müller hat einen Wochenlohn von 30 Mark. Seine Arbeitszeit beträgt 72 Stunden. Die angelernten Arbeiter, die ebenfalls dieselben Stundenarbeiten verrichten, erhalten den städtischen Lohn von 27 Mark. Noch im vorigen Frühjahr betrug unser Lohn fünf Mark weniger, der erst nach der Ernte eine Aufbesserung brachte. Bei den Lohnzahlungen ließ Herr Kieke sehr oft durchblättern, daß dieser Lohn noch „reichlich zuviel“ wäre, zumal die Arbeiter aus lauter Menschlichkeit den Unternehmer auch Sonntags arbeiten durften. Allerdings mußten sie sich den Lohn zur Sonntagsarbeit erst erbeten, denn Herr Kieke scheint für solche Sachen ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Der Arbeiter Bätz, der an einem Sonntag vor Weihnachten Mehl gesägt hatte, soll heute noch dafür entlohnt werden.

Zuvor ist es vorgekommen, daß die Müller 18 bis 24 Stunden hintereinander arbeiten mußten, und für diese Leistung nicht einmal eine Vergütung belohnt. Da die Arbeitszeit immer länger wurde, beschlossen die beiden Müller, die Lohnverhältnisse dem Verbande zu unterbreiten. Als der Verband Lohnverhandlungen stellte, und obendrein noch herauslief, daß die Arbeit- und Müller organisiert waren, wurden sie fristlos entlassen. Die Belegschaft weigerte sich, diese Entlassung anzuerkennen, und die beiden gingen am anderen Tage zur Arbeit. Herr Kieke jedoch gab ihnen zu verstehen, daß er sie nicht arbeiten lassen werde. Er ging sogar soweit, ihnen ihren Wochenlohn einzuhalten. Den Entlassungsschein verweigerte er mit dem Bemerkung: „Sie sollten keine Unterstützung erhalten.“ Nachdem sich Herr Kieke die Sache überlegt hatte, stellte er die Leute wieder ein, die ihrerseits ihm nun Bedingungen stellten, die er erfüllte. Der Müller Bätz wurde von ihm nicht mehr eingestellt, was damit begründet wurde, daß er, Kieke, keine „Organisatoren“ in seinem Betriebe dulde. Bätz sollte erst einmal zwei Jahre stampeln gehen, damit er „wieder Vernunft bekäme“. Die Arbeiter von dieser Wude dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, so gut sie sich den Widerstandtag eroberten; müssen sie auch dafür sorgen, daß ihr Kollege Bätz wieder in den Betrieb kommt. Erst dann ist euer Sieg ein vollkommener.

Bautzen

Schadensneuer. In Possen brannte das Wirtschaftsgebäude des Stellenbesitzers Seifert völlig nieder. Das Vieh sowie ein Teil des Mobiliars konnte gerettet werden. Es wird Kurzschluß als Brandursache angenommen.

Blutiger Streit. Auf dem Gute in Ober-Schönfeld entstand ein Streit zwischen dem Adelskircher Fassbinder und dem Futtermann Schubbe, in dessen Verlauf Fassbinder seinem Gegner mit einer Düngergabel lebensgefährliche Verletzungen zufügte. Der Täter wurde festgenommen.

verlangte, daß dieser Vorstandssitzung auch ein Vertreter der SPD. beizwohnen solle. Dem wurde zugestimmt. Das Anbringen der Fensterläden und -lasten in den Siedlungshäusern wurde der Siedlungskommission zwecks Einfordern von Angeboten überwiesen. Schon vor langer Zeit wurde der Verlust gesetzt, der Gemeindedirektor möge dahin wirken, daß die Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge innerhalb der Gemeinde herabgemindert werde. Endlich kommt das Ergebnis. Man hört: „Aus wirtschaftlichen Gründen kann die Fahrgeschwindigkeit nicht verringert werden.“ Also, die große Unfallgefahr und die Staupläge bleibt aus wirtschaftlichen Gründen (1) weiter bestehen. Die von der Fürsorge-Kommission vorgeschlagenen Unterstützungssätze wurden bewilligt.

So fehlen sie aus, die bürgerlichen Kandidaten! Der Wiederwahl des Herrn Pilz in Landeshut

Die Wohntypen in dem von Büdingenieur Pilz errichteten Hause auf der Mühlgraben-Promenade sind bezugsfertig. Allerdings nicht für Polizisten; der Preis pro Wohnung beträgt nicht weniger als 20 Mark. Gemeinsam mit Preispreis für die Fahrzeuge in den reichsgezogenen Häusern und den Neubauten der Stadt, obwohl auch die hohe Preise in Frage kommen, ist die Forderung des Herrn Pilz der reine Nichtswohner. Zumal noch verbleibe bei Bau des Hauses unter Ausbildung des Unternehmers einiges in eigener Regie ausgeführte und unorganisierte Maurer bei einem Stundenlohn von 60 Pf. und seine Gehügelgerlehrte bei den Baubarbeiten beschäftigte. Herr Pilz als Fertigsteller des Hauseschweins geht den Haushalt mit gutem Beispiel voran und zeigt, wie es gemacht werden muß: Niedrige Löhne, ein Summenhaus aus der Haushaltsspeuer, und dann Wissen, die der Arbeiter nicht zählen kann. Wahrscheinlich eine Glanzleistung des Herrn Pilz, der Name an ausführlicher Stelle auf die Bürgerlichkeit zur Stadtverordnetenwahl als warnendes Signal für jeden Arbeiter verzeichnet ist. Wegen die Haushalter für ihn die Stimme abgeben, die proletarische Mieterschaft hat alle Ursache, für die Forderung der Kommunisten einzutreten: „Republik Betriebs- und der Haushaltsspezialist für den kommunalen Wohnungsbaus!“ Darauf herzuß zur Wahl am 12. Februar alle Stimmen für die Kommunistische Partei, Wahlvorschlag 2, Liste Karl Walter.

leinen Arbeiter, der dafür verantwortlich ist. Und die Lügnerinnung, die wird ihren Mitgliedern empfehlen, am Sonntag bei der Wahl die Stimme für Dr. Fröhne abzugeben.

Genossin Traute Hoelz in Landeshut

Am Freitag, dem 10. Februar, 20 Uhr, spricht im Schützenhaus der Genossen Hause über die Kommunalwahlen in Landeshut. In derselben Versammlung referiert die Genossin Traute Hoelz, die Frau von Mag. Hoelz, über das Verbrechen der deutschen Justiz an ihrem Mann. Um Störungen in der Versammlung zu verhindern, empfehlen wir jedem Versammlungsteilnehmer, schon vor 20 Uhr zu kommen, da pünktlich angefangen wird.

Achtung! Zwei russische Filme!

Am Sonnabend, dem 11. Februar, von 15 bis 17,15, und von 17,15 bis 19,30 Uhr, findet je eine Aufführung der russischen Filme „Die Todesbarke“ und „Das Wunder des Soldaten Iwan“ im Centraltheater statt. Eine Illustration des Films „Die Todesbarke“, welche die „Wolgaflüsse“ bei weitem übertrifft, ist in der A.J.Z. 6. Jahrgang Nr. 18, zu finden. Zu beachten ist, daß nur in diesen beiden Nachmittagsvorführungen diese Filme gezeigt werden. Der Eintrittspreis ist auf allen Plätzen 50 Pf., so daß sich auch der Arbeiter einmal ein gutes Programm von der Loge aus sehen kann. Veranstalter dieser Aufführungen ist die Internationale Arbeiterhilfe. Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt durch Massenbesuch welche Anziehungskraft der russische Film besitzt. Kassenöffnung 14,30 Uhr. Karten im Vorverkauf bei allen Funktionären.

* Das Bähale ohne Zugführer. In Böhmen werden gar oft witzige Sachen über Kleinbahnen erzählt. Was jedoch läufig auf der Biedertalbahn passierte, dürfte tatsächlich kaum dagegen sein. Der Zug hatte die Station Gräfau verlassen, als er vor Oberrieden anhielt und mit Vollamps nach Gräfau zurückfuhr. Erstaunt fragten die Fahrgäste, was eigentlich vorgesessen sei und mußten von dem Zugpersonal hören, daß man den Zugführer auf dem Bahnhof Gräfau vergessen habe und ihn holen wolle.

Arbeiter, Arbeiterinnen, heraus zur Wahl am 12. Februar

Gegen Interessen- und Bettlerwirtschaft, Mietswucher, Spekulation, für die Lebensinteressen der gesamten werktätigen Bevölkerung kämpft nur die Kommunistische Partei!

Datum: Wahl Wahlvorschlag III (Liste Karl Walter)